

Aufstand vs. Putsch. Der 17. Juni 1953 in Jugendpresse und Schulbüchern. Katalog zur Ausstellung

Berlin : Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung 2003, 52 S.



Quellenangabe/ Reference:

Aufstand vs. Putsch. Der 17. Juni 1953 in Jugendpresse und Schulbüchern. Katalog zur Ausstellung.
Berlin : Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale
Pädagogische Forschung 2003, 52 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-40770 - DOI: 10.25656/01:4077

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-40770>

<https://doi.org/10.25656/01:4077>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

AUFSTAND



VS.

PUTSCH

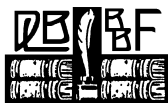
Der 17. Juni 1953 in Jugendpresse und Schulbüchern

**Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung
des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung
und
Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung**

Aufstand vs. Putsch

Der 17. Juni 1953 in Jugendpresse und Schulbüchern

Katalog zur Ausstellung



Berlin 2003

Herausgeber:

Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung
des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische
Forschung

Ausstellungskonzeption:

Christian Ritzi

Gestaltung und Ausführung der Ausstellung:

Angelika Dahm-Ritzi + Rainer von Braun

Umschlaggestaltung:

Angelika Dahm-Ritzi

Ausstellungsdauer:

7. Juli bis 5. September 2003

Ausstellungsort:

Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung
Warschauer Straße 34, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29 33 60 12
Fax: (030) 29 33 60 25
E-Mail: bbf@bbf.dipf.de
www.bbf.dipf.de

Öffnungszeiten:

Montag - Freitag 10.00 - 18.00 Uhr

Vorwort

Zahlreiche Tagungen, Ausstellungen und Gesprächsrunden widmen sich in diesem Jahr den Ereignissen des 17. Juni 1953. Die Notwendigkeit einer intensiven Aufarbeitung wird damit begründet, dass der Zugang zu historischem Wissen über viele Jahre durch großflächige und grobschlächlige Etikettierungen verhindert wurde und bis heute beeinträchtigt wird. 'Volksaufstand' und 'Putsch' sind zwei jener Etiketten, die gelöst werden müssen, um der Komplexität der Vorgänge gerecht werden zu können.

Wie entstehen solche Etiketten? Ohne den Einfluss quantitativ genau bestimmen zu können, dürfte außer Zweifel stehen, dass Schulbücher einen wesentlichen Anteil daran haben. Die in den Geschichtsbüchern unserer Schulzeit vorgelegten Interpretationen vergangener Geschehnisse prägen unser eigenes Geschichtsbild nachhaltig. Marianne Birthler äußerte sich in einem Interview mit Blick auf den 17. Juni 1953 so: „In der Schule wurde uns gesagt, es sei ein faschistischer, reaktionärer Putsch gewesen.“ (Tagesspiegel vom 4.5.2003, S. 8). Diese Deutung hätte bis zur Wende 1989 vorgeherrscht und nach Meinung von Frau Birthler verhindert, dass die Bürgerbewegung ein verständnisvolleres Verhältnis zu den Demonstranten des Jahres 1953 entwickeln konnte.

Auch die Schulbücher der alten Bundesrepublik wiesen im Zeichen des 'Kalten Krieges' Etiketten auf, die wiederum zu einer Gegenetikettierung durch die Protestkultur der 1960er Jahre führte. Da die Bürgerbewegung der ehemaligen DDR in engem Kontakt zur linken Opposition der Bundesrepublik stand, wurde auch von dieser Seite für den 17. Juni 1953 das Etikett ‚reaktionäres Ereignis‘ bestätigt.

Die BBF war als Pädagogische Zentralbibliothek der DDR die Pflichtabgabestelle u.a. für alle in der DDR erschienenen Schulbücher. Das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig verfügt über die umfassendste und vollständigste Sammlung bundesrepublikanischer Schulbücher. Für die Ausstellung 'Aufstand vs. Putsch' wurden aus beiden Beständen Darstellungen des 17. Juni 1953 in Geschichtslehrbücher unterschiedlicher Schularten seit Anfang der 1960er Jahre ausgewählt. Ergänzt werden diese Exponate durch zeitgenössische Berichte in ost- und westdeutschen Zeitungen, die sich an ein jugendliches Lesepublikum richteten.

Manche Missverständnisse zwischen Ost- und Westdeutschen haben in den höchst unterschiedlichen Interpretationen von Ereignissen in der Geschichte beider deutscher Teilstaaten ihre Ursache. Vielleicht verstehen wir uns besser, wenn wir sehen, mit welchen Bildern 'die Anderen' aufwuchsen!

Aufstand vs. Putsch

Der 17. Juni 1953 in Jugendpresse und Schulbüchern in West- und Ostdeutschland

Die Darstellung des 17. Juni 1953 hätte inmitten des Kalten Krieges in West- und Ostdeutschland nicht gegensätzlicher sein können. Vor allem die Jugend sollte auf die im jeweiligen Teilstaat gültige bzw. vorherrschende Interpretation eingeschworen werden. Die unterschiedliche Deutung sollte einerseits eine positive Haltung zu dem Staat befördern, in dem die Jugendlichen lebten und andererseits das Feindbild gegenüber dem anderen deutschen Staat festigen. „So sind gegensätzliche Politik und Ideologie in den beiden Teilstaaten, die sich in der Konfrontation stets aufeinander bezogen und einander wachsam im Auge behielten, in das Zentrum der jeweiligen staatlichen Identität gerückt, und sie wurden mithin auch für die Ideologie im Schulunterricht in Ost wie West bestimmend.“ (NEUNER 1994, S. 351).

Bevor jedoch auf die Darstellung der Ereignisse des 17. Juni 1953 in ost- und westdeutschen Schulbüchern eingegangen wird, soll ein Blick auf die Berichterstattung in der Jugendpresse geworfen werden. Berücksichtigt werden soll dabei zum einen die 'Junge Welt' und zum anderen Schülerzeitungen aus der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre.

Die Darstellung der Ereignisse des 17. Juni 1953 in der 'Jungen Welt'

Die vom Zentralrat der *Freien Deutschen Jugend* herausgegebene Zeitung erschien erstmals am 12. Februar 1947. Vom 1. Januar 1950 an erreichte das Blatt seine Leser zweimal wöchentlich, ehe es ab 1. März 1952 als Tageszeitung herauskam. Vorausgegangen war die Zusammenlegung mit dem beliebten Illustrierten-Blatt 'Start'. Zu dessen Mitarbeitern gehörten u. a. WOLFGANG LEONHARD und RALPH GIORDANO.



Nach sowjetischem Muster wurde die 'Junge Welt' zur Presse des so genannten 'neuen Typs' entwickelt, zu einer Art „kollektiver Agitator,



'Junge Welt' vom 23. Juni 1953

wegen Papiermangels die Werbung von Abonnenten reglementieren, zeitweise sogar aussetzen.

Auflagen-Entwicklung der 'Jungen Welt':

1952	197 000 Exemplare
1967	330 000 Exemplare
1977	1 004 300 Exemplare
1986	1 339 000 Exemplare
1989	1 520 000 Exemplare
1990	250 000 Exemplare

Die stärkste Lesergruppe war die Alterskategorie bis 18 Jahre, die in der Leserschaft mit einem Anteil von einem Drittel vertreten war.

Bereits kurz nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 prägten führende Funktionäre der SED das Bild vom 'konterrevolutionären Putschversuch' (vgl. DIEDRICH 1993, S. 4). Diese Interpretation bestimmte hinfort die

Propagandist und Organisator“ (W. I. LENIN). Ihre wichtigste Aufgabe bestand in der Beeinflussung und Mobilisierung der Jugend, besonders der FDJ-Mitglieder, im Sinne der Politik und Ideologie der SED. Darstellung und Wertung waren am Freund-Feind-Muster des Kalten Krieges orientiert. Herausgestellt wurden besondere Leistungen von Jugendlichen beim Aufbau des Sozialismus.

Dennoch gab es einige Spielräume für jugendliche Bedürfnisse und Initiativen, auch für kritische Leseräußerungen. Bereits zu Beginn der fünfziger Jahre verwies die Zeitung auf Missstände im Jugendbereich und beim Umgang mit Volkseigentum und kritisierte – meist im Einklang mit der SED-Führung – staatliche Leitungen, die den vorgegebenen Aufgaben nicht nachkamen.

Die 'Junge Welt' zählte zu den auflagenstärksten Tageszeitungen in der DDR, musste allerdings

Berichterstattung des 'Neuen Deutschland'. So finden sich u. a. Stellungnahmen der Parteiführung, Berichte über Verbrechen der westlichen Provokateure, Berichte über deren angebliche Finanzierung durch westliche Geheimdienste, Berichte über die vermeintlichen 'Hintermänner' des Aufstandes in der Bundesrepublik, angebliche Verhörprotokolle überführter Provokateure und Stellungnahmen von Werktätigen, die den Putsch verurteilten.

In gleicher Weise erfolgte auch die Berichterstattung in der 'Jungen Welt', allerdings, soweit dies möglich war, auf das jugendliche Publikum abgestimmt.

Dokument 1

Am 18.6.1953 werden Stimmen von Berliner Jugendlichen wiedergegeben, die sich mit der Staats- und Parteiführung solidarisch erklären.

STIMMEN VON BERLINER JUGENDLICHEN

Berlin (Eig. Ber.). Die Jugendlichen des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin, Warschauer Straße, schrieben an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht: „Wir Jugendlichen, Arbeiter des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin, Warschauer Straße, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, begrüßen die Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Wir sind davon überzeugt, daß durch diese Beschlüsse der Lebensstandard der Werktätigen verbessert wird. Wir Jugendlichen des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin versprechen dem ZK der SED, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und unserem Präsidenten Wilhelm Pieck, daß wir auch weiterhin unsere Pflicht als junge Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik

treu und gewissenhaft erfüllen werden.“

★

Berlin (Eig. Ber.). Dreißig bei der Aktivtagung der SED im Friedrichstadt-Palast anwesende FDJler des Schlacht- und Viehhofes Prenzlauer Berg bekannten sich in einer Resolution aus Anlaß des Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von ganzem Herzen zur Partei der Arbeiterklasse, zur Regierung und zur Freien Deutschen Jugend.

★

Berlin (Eig. Ber.). 150 Jugendliche vom RAW Friedrichshain haben am 17. Juni 1953 angesichts der faschistischen Provokationen einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie ihr Vertrauen zur Regierung zum Ausdruck brachten,

Berlin (Eig. Ber.) Die Kreisleitung der Freien Deutschen Jugend Lichtenberg erklärt in einem Schreiben: „Die Ereignisse der letzten Stunden haben das Kollektiv der Freunde noch enger und fester zusammengeschmiedet. Die Aufgaben wurden von unseren Freunden mit unverbrüchlichem Vertrauen zur Partei, zur Arbeiterklasse und zur Regierung erfüllt. Alle Freunde sind erfüllt von einer ausgezeichneten Disziplin und Einsatzbereitschaft. Wir sind bereit, unsere ganzen Kräfte einzusetzen, um die von faschistischen Provokateuren hervorgerufene erste Situation zu beseitigen. Wir arbeiten weiter mit voller Kraft, um in unserem Demokratischen Sektor von Berlin die völlige Ordnung wiederherzustellen, und werden mit daran arbeiten, unsere Republik, das unüberwindliche Bollwerk für den Frieden, aufzubauen.“

S.
neu
der
ber
me
zur
F
Reg
sein
Kr

'Junge Welt' vom 18.6.1953

„STIMMEN VON BERLINER JUGENDLICHEN

Berlin (Eig. Ber.). Die Jugendlichen des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin, Warschauer Straße, schrieben an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht: „Wir Jugendlichen, Arbeiter des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin, Warschauer Straße, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, begrüßen die Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Wir sind davon überzeugt, daß durch diese Beschlüsse der Lebensstandard der Werktätigen verbessert wird. Wir Jugendlichen des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin versprechen dem ZK der SED, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und unse-

rem Präsidenten Wilhelm Pieck, daß wir auch weiterhin unsere Pflicht als junge Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik treu und gewissenhaft erfüllen werden’.

Berlin (Eig. Ber.). Dreißig bei der Aktivtagung der SED im Friedrichstadt-Palast anwesende FDJler des Schlacht- und Viehhofes Prenzlauer Berg bekannten sich in einer Resolution aus Anlaß des Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von ganzem Herzen zur Partei der Arbeiterklasse, zur Regierung und zur Freien Deutschen Jugend.

Berlin (Eig. Ber.) 150 Jugendliche vom RAW Friedrichshain haben am 17. Juni 1953 angesichts der faschistischen Provokationen einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie ihr Vertrauen zur Regierung zum Ausdruck brachten.

Berlin (Eig. Ber.) Die Kreisleitung der Freien Deutschen Jugend Lichtenberg erklärt in einem Schreiben: ‚Die Ereignisse der letzten Stunden haben das Kollektiv der Freunde noch enger und fester zusammengeschnitten. Die Aufgaben wurden von unseren Freunden mit unverbrüchlichem Vertrauen zur Partei, zur Arbeiterklasse und zur Regierung erfüllt. Alle Freunde sind erfüllt von einer ausgezeichneten Disziplin und Einsatzbereitschaft. Wir sind bereit, unsere ganzen Kräfte einzusetzen, um die von faschistischen Provokateuren hervorgerufene ernste Situation zu beseitigen. Wir arbeiten weiter mit voller Kraft, um in unserem Demokratischen Sektor von Berlin die völlige Ordnung wiederherzustellen, und werden mit daran arbeiten, unsere Republik, das unüberwindliche Bollwerk für den Frieden, aufzubauen.‘“

(‘Junge Welt’ vom 18.6.1953)

Dokument 2

In der Ausgabe vom 19.6.1953 werden Berichte von jugendlichen Augenzeugen wiedergegeben:

„Augenzeugen berichten

Nachfolgend berichten Jugendliche von Vorfällen, die sie am Mittwoch, dem 17. Juni, mit eigenen Augen sahen und erlebten. Aus ihren Berichten geht ganz klar hervor, wer die Aufrührer waren und was sie im Sinne hatten. Bezahlte Rowdies aus Reuters Machtbereich tobten, das ‚Horst-Wessel-Lied‘ auf den Lippen und ‚Heil Hitler‘ brüllend, durch die Straßen Berlins. Halbwüchsige Elemente aus Westberlin, seit Jahren ohne Arbeit, verhungert, verkommen, raublüstern, in amerikanischen Klubs zu Verbrechern erzogen, sahen ihren ‚großen Coup‘ gekommen. Vielleicht hat man ihnen 10,- Westmark, vielleicht auch mehr gegeben. So gröhlten sie, von Reuter und Konsorten aufgeputscht, raubend und plündernd durch einige Straßen unserer Stadt – die ‚Retter der abendländischen Kultur‘ in Ringelsocken, Nicki-Hemden, Hochwasserhosen und Frisuren, für die es bei uns keine Bezeichnung gibt. Ihr Auftrag lautete:

Provozieren, wo es nur geht. Augenzeugen berichten davon, wie sie versuchten, ihren Auftrag zu erfüllen.

Wolfgang Müller, RFT-Funkwerk Berlin-Köpenick:

„Ich habe selbst gesehen, wie Westberliner Banditen das Kolumbus-Haus in Brand setzten und Transparente und Fahnen abreißen. Am Alexanderplatz zertrümmerten halbwüchsige Rowdies Schaukästen, Schau-fenster und Reklameschilder. Vom Hochhaus-Modell rissen sie die Fah-ne der deutsch-sowjetischen Freundschaft herunter und zertrümmerten die Fensterscheiben. Einzelne Volkspolizisten wurden von ihnen an-gegriffen. Wenn die sowjetischen Truppen nicht gekommen wären, hät-ten wir viel mehr Verletzte zu verzeichnen. Ich bin froh, daß sie kamen und diesen Acht-Groschenjungen das Handwerk legten.“

Maurerlehrling Martin Porep:

„Ich war selbst Zeuge einer gemeinen Provokation. Es war am 17. Juni, mittags 12 Uhr. Mein Freund und ich sahen, wie Banditen (zum größten Teil Jugendliche) in das HO-Kaffee 'Astoria', Kastanienallee Ecke Schönhauser Allee, eindrangen. Wie Bestien zerbrachen sie Stühle und Tische und zerrissen fortschrittliche Bücher. Ich bin empört darüber und fordere, daß diese Elemente, die mit uns, den Arbeitern, nichts gemein haben, strengstens bestraft werden.“

Brigitte Karig, Humboldt-Universität Berlin

„Während der Ereignisse am Mittwochnachmittag wurde ich in der Di-mitroffstraße Zeuge eines empörenden Vorfalls. Als ein Mann zwei ju-gendliche Rowdies daran hindern wollte, einen Zeitungskiosk der 'Tägli-chen Rundschau' zu zerstören, stürzten sich die Kumpane der beiden, die von mehreren Männern dirigiert wurden, auf ihn. Nur durch das Eingrei-fen der Bevölkerung gelang es, den Mann vor weiteren Mißhandlungen zu bewahren. Solche Vorfälle sah ich noch an anderen Stellen. Dem Eingreifen der Sowjetarmee haben wir es zu verdanken, daß dem schändlichen Treiben der faschistischen Elemente Einhalt geboten wur-de.“

Maurerlehrling Richard Herold, VEB Industriebau Berlin:

„Voller Wut mußte ich am Mittwochnachmittag – ohne eingreifen zu können – zusehen, wie die Reuterschen Banditen aus Westberlin in un-seren Straßen hausten. Ein schwarzer Personenkraftwagen wurde von ihnen am Alexanderplatz zum Stehen gebracht. Sie zogen den Fahrer aus dem Wagen und schlugen ihn ohne Grund blutig. Andere Rowdies kipp-ten den Wagen um und setzten ihn in Brand. Wenige Stunden später mußte ich miterleben, wie die gleichen Banditen zwei Kameraden der Gesellschaft für Sport und Technik von ihren Motorrädern warfen und auf sie einschlugen. Dann steckten sie auch die Motorräder in Brand. Wie bekannt geworden ist, sind einige Rädelsführer dieser empörenden Provokation verhaftet worden. Mit diesen Elementen darf man kein Mit-leid haben! Sie müssen hart bestraft werden, denn wer unser friedliches Aufbauwerk stört, muß die Konsequenzen ziehen.“

(‘Junge Welt’ vom 19.6.1953)

Am 28.6.1953 wird über 'Heldentaten' junger Berliner berichtet, die 'Sabotageakte' vereitelt hätten.

Heldentaten jünger Berliner

Am Abend des 24. Juni 1953 verließen wir unsere Betriebe und Büros, traten auf den Straßen Berlins an und demonstrierten. Wir sangen unsere Lieder, die wir zu den III. Weltfestspielen gesungen, die zu den Parlamenten in Leipzig erklangen. Es waren die Lieder der Arbeit und der Freude.

Als unser Zug davonmarschierte, säumte ein Spalier unseren Weg. Es war ein Spalier, das uns fester auftraten, unseren Gesang lauter werden und unsere Herzen schneller schlagen ließ. Das Spalier bestand aus jungen sowjetischen Soldaten.

Sie sprangen von ihren Wagen und winkten. Sie lachten uns zu. Die Offiziere grüßten unsere Fahnen.

An der Leipziger Straße steht ein Blumenkiosk. Ein sowjetischer Soldat sah uns kommen, kaufte rasch einen Strauß und schenkte ihn der ersten Reihe unseres Demonstrationszuges. Da wollten die „Drushba“-Rufe kein Ende nehmen.

In unserem Zuge waren viele, die sich des Straußes nicht zu schämen brauchten. Sie hatten am 17. Juni 1953 das Banner unserer Republik hochgehalten. Es ist ihnen zu danken, genauso wie den sowjetischen Soldaten und den meisten älteren Werktätigen, daß der faschistische Putschversuch zerschlagen und die Wetterwolke des dritten Weltkrieges weggeweht wurde.

Wir wollen von diesen jungen Menschen erzählen.

Jeder von ihnen hatte 40 Westmark in der Tasche. Zwei waren mit Messern bewaffnet. In den Gummizellen der Chastits endete für sie der faschistische Putschversuch, an dem sie für 40 Westmark teilnehmen wollten.

Im Jugendklubhaus „Helmuth Just“ in der Gartenstraße hielten sich nur drei Mädchen und der Pförtner auf, als der Tumult begann. Sie schlossen die Gittertüre und wichen nicht.

„Wie alle haben nur unsere Pflicht getan“

Bei Siemens-Plania in Berlin-Lichtenberg vollbrachten eine Handvoll Arbeiter gemeinsam mit Studenten große Taten. Sie bewahrten unsere Wirtschaft vor unermesslichem Schaden. Auch hier hatten viele Arbeiter das Werk verlassen. Ab-

gegeben, „dann wird der Betriebsfunk das Lied der Spanienkämpfer spielen“.

Am Vormittag des 17. Juni drangen etwa 300 Putschisten auf den Werkhof. Schon splitterten die Fenster der Versenkleidung, schon zertraten die Faschisten Brote und Schrippen, da erklang es aus allen Lautsprechern: „Den Faschisten werden wir nicht weichen...“. Da-

„Junge Welt“ vom 28.6.1953

„HELDENTATEN JUNGER BERLINER

Am Abend des 24. Juni 1953 verließen wir unsere Betriebe und Büros, traten auf den Straßen Berlins an und demonstrierten. Wir sangen unsere Lieder, die wir zu den III. Weltfestspielen gesungen, die zu den Parlamenten in Leipzig erklangen. Es waren die Lieder der Arbeit und der Freude.

Als unser Zug davonmarschierte, säumte ein Spalier unseren Weg. Es war ein Spalier, das uns fester auftraten, unseren Gesang lauter werden und unsere Herzen schneller schlagen ließ. Das Spalier bestand aus jungen sowjetischen Soldaten.

Sie sprangen von ihren Wagen und winkten. Sie lachten uns zu. Die Offiziere grüßten unsere Fahnen.

An der Leipziger Straße steht ein Blumenkiosk. Ein sowjetischer Soldat sah uns kommen, kaufte rasch einen Strauß und schenkte ihn der ersten Reihe unseres Demonstrationszuges. Da wollten die „Drushba“-Rufe kein Ende nehmen.

In unserem Zuge waren viele, die sich des Straußes nicht zu schämen brauchten. Sie hatten am 17. Juni 1953 das Banner unserer Republik hochgehalten. Es ist ihnen zu danken, genauso wie den sowjetischen Soldaten und den meisten älteren Werktätigen, daß der faschistische Putschversuch zerschlagen und die Wetterwolke des dritten Weltkrieges weggeweht wurde.

Wir wollen von diesen jungen Menschen erzählen.

Junge Kraftwerker hielten der Republik die Treue

Nennen wir zuerst die Kraftwerker von Klingenberg. Sie hielten unserer Regierung jederzeit die Treue, auch am 17. Juni. Sie waren mit einigen Fehlern unserer Regierung nicht einverstanden, aber noch weniger waren sie damit einverstanden, die Turbinen auszuschalten und auf die Straße zu gehen. ‚Unsere Hauptstadt braucht Strom. Wenn sich unsere Turbinen nicht drehen, sind tausende Menschenleben in Gefahr.‘ So dachten sie. Zur Mittagsschicht fehlten einige Kraftwerker, weil der Verkehr stockte. Da sprangen ihre Kollegen ein. Der neunzehnjährige Elektromonteur Harry Deutschland arbeitete vom Mittag des 17. Juni bis zum Vormittag des 18. Juni. Am Abend des 18. Juni kam er zur Spätschicht wieder. Der junge Kranelektriker Bruno Bendig vertauschte seine Arbeit mit der noch schwereren eines Kranführers. Am 17. und 18. Juni blieb er neunzehn Stunden auf dem Kran. Mit verdoppelten Kräften arbeiteten die Reparaturkolonnen des Kraftwerkes, weil drei Transportbrücken ausgefallen waren. In sieben Stunden schafften sie die Reparatur. Ein Jugendfreund aus Westberlin leistete dabei Hervorragendes. So zerschellte am Kraftwerk Klingenberg eine der faschistischen Wogen, die am 17. Juni unsere Hauptstadt überfluteten. Es war eine der gefährlichsten.

Währenddessen tobte die Meute der Brandstifter durch Berlin, wie es Schöneberg, Bonn und Washington befohlen. Währenddessen standen Häuser, Personenautos und Kioske in Flammen, ließen sich Hunderte von den Provokateuren mitreißen, warteten Tausende am Straßenrand ab, was da kommen würde.

‚Wir sind Arbeiterjungs und bleiben es‘

Zur gleichen Stunde versammelten sich 150 Mädchen und Jungen der Zentralen Graphischen Lehrwerkstatt in der Michaelkirchstraße. Das ist eine große Lehrwerkstatt mit vielen Maschinen und hellen, freundlichen Räumen. 350 Jugendliche lernen dort. Viele tüchtige Fachleute sind aus dieser Werkstatt hervorgegangen. Gerade jetzt wurden wieder viele, die ausgelernt hatten, geprüft.

Die 150 Jugendlichen nahmen eine Resolution an, in der sie ihre Treue zur Regierung bekundeten. Den Worten folgte die Tat. Sie gingen alle an ihre Arbeit, auch Karl-Heinz Merker, der die Resolution abgelehnt hatte. Die 350 Mädchen und Jungen der Zentralen Graphischen Lehrwerkstatt arbeiteten und lernten weiter!

Als die Versammlung im Gange war, standen die Lehrlinge Helmut Walter, Herbert Paul, Horst Röstel und Klaus Neumann auf dem Dache ihrer Werkstatt und hielten Wacht. Die Sektorengrenze war nicht fern. Andere Jugendfreunde halfen dem Betriebsschutz.

Als die Versammlung im Gange war, versuchten einige Westberliner Rowdies in den Betrieb einzudringen. ‚Wollt ihr unsere Brüder sein, dann reihet euch ein‘, grölten sie. Doch Berliner Arbeiterjungs sind keine Brüder von Faschisten. Die Betriebsschutzleute und die Jugendfreunde stürzten aus dem Tor hervor und verjagten das Geschmeiß.

Zwanzig Freunde blieben über Nacht im Betrieb. Auch die kleine, zierliche Jugendfreundin Traute Reitsch wollte nicht zurückstehen. ‚Wir sind Arbeiterjungs und bleiben es‘, sagte Helmut Walter. ‚In unserer Lehrwerkstatt stecken Millionenwerte. Das hat uns unsere Regierung gegeben. Da lassen wir keinen heran.‘ Helmut schlug vor, aus zwanzig der besten Jugendfreunde ein Aktiv zu bilden. Jeder von ihnen soll Aufgaben bekommen, zum Schutz des Betriebes, zur Aufklärung der Freunde, damit neue Provokationen verhindert werden.

Zum Studieren braucht man die Ruhe des Friedens

Zur gleichen Stunde verließen Studenten der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität ihre Studienplätze und vertauschten sie mit den Wegen und Parkanlagen des Krankenhauses Charité. Sie gingen auf Streife, weil man zum Studieren die Ruhe des Friedens braucht. Wie leicht konnten sich in dem weiten Gelände der Charité faschistische Banditen verstecken! Die Sektorengrenze ist nur wenige Schritte entfernt. Und wirklich, hast-du-nicht-gesehen, kletterten sechs Bürschen über die Mauern der Charité. Die Studenten nahmen sie fest. Halb empört, halb belustigt, sperrten sie die Banditen in die Gummizellen des Krankenhauses, bis die Volkspolizei kam. Die sechs Rowdies waren fünfzehn bis einundzwanzig Jahre alt. Jeder von ihnen hatte 40 Westmark in der Tasche. Zwei waren mit Messern bewaffnet. In den Gummizellen der Charité endete für sie der faschistische Putschversuch, an dem sie für 40 Westmark teilnehmen wollten.

Im Jugendklubhaus ‚Helmut Just‘ in der Gartenstraße hielten sich nur drei Mädchen und der Pförtner auf, als der Tumult begann. Sie schlossen die Gittertore und wichen nicht.

‚Wir alle haben nur unsere Pflicht getan‘

Bei Siemens-Plania in Berlin-Lichtenberg vollbrachten eine Handvoll Arbeiter gemeinsam mit Studenten große Taten. Sie bewahrten unsere Wirtschaft vor unermeßlichem Schaden. Auch hier hatten viele Arbeiter das Werk verlassen. Aber die Öfen der Brennereien und die zentrale Generatorenanlage waren in Betrieb! Die Öfen hätten ohne Aufsicht weitergebrannt und wären heute vernichtet, weil die Arbeiter davongelaufen waren. Der zentralen Generatorenanlage hätte das gleiche gedroht. Etwa dreißig Jugendliche des Betriebes, siebenundzwanzig Studenten der Humboldt-Universität und dreißig Studenten der Hochschule für Planökonomie besetzten die Brennereien und die zentrale Generatorenanlage, hielten den Kohlentransport aufrecht und verstärkten den Betriebsschutz.

Eine kühne Tat vollbrachte der Lehrling Horst Macke. Er war in der Berufsschule. Ein großer Teil seiner Mitschüler wollte sich den schwankenden Arbeitern anschließen und auf die Straße gehen. Horst sprach einige zündende Worte zu seinen Mitschülern und ging als erster wieder in das Klassenzimmer. Er riß alle mit, und die ganze Schule setzte den Unterricht fort! Als der Unterricht aus war, eilte Horst Macke zum Werk. Er griff zur Schaufel und half beim Entladen der Kohle.

Helmut Beichler von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität organisierte die Arbeit der Studenten.

Sie waren zum Praktikum bei Siemens-Plania. Jetzt sprangen sie ein, um das Werk zu retten. Weil der einzige zurückgebliebene Arbeiter, der etwas vom Lokfahren verstand, sich weigerte, mitzuhelfen, schoben die Studenten die vollbeladenen Kohlenwaggons selber. Die Studentinnen Helene Sergk, Christa Hagedorn und Else le Vrang putzten Elektroden. Sie alle, die jungen Arbeiter von Siemens-Plania und die Studenten, erklärten: ‚Wir alle haben nur unsere Pflicht getan‘.

„Den Faschisten werden wir nicht weichen ...“

Im VEB Aktivist wird das Brot für die meisten Einwohner des demokratischen Sektors von Berlin gebacken. Kein Wunder, daß es die Westberliner Provokateure vor allem auf diesen Betrieb abgesehen hatten. Dreimal versuchten sie, den VEB Aktivist zu stürmen, und dreimal wurden sie zurückgeschlagen. Nach dem ersten faschistischen Sturm wussten die Arbeiter, was die Glocke geschlagen hatte. ‚Wenn wieder etwas geschieht‘, so wurde bekanntgegeben, ‚dann wird der Betriebsfunk das Lied der Spanienkämpfer spielen‘.

Am Vormittag des 17. Juni drangen etwa 300 Putschisten auf den Werkhof. Schon splitterten die Fenster der Versandabteilung, schon zertraten die Faschisten Brote und Schrippen, da erklang es aus allen Lautsprechern: ‚Den Faschisten werden wir nicht weichen ...‘. Die Arbeiter strömten von allen Seiten auf den Hof. Die Arbeiterin Heinrich hieb einem der Bengels ein paar saftige Ohrfeigen herunter und zwang ihn, die ausgeschütteten Schrippen wieder aufzulesen. Andere Arbeiter, die Mädchen und Jungen an der Spitze, verjagten die Banditen.

Beim dritten Sturm setzte der Betriebsassistent Wolfgang Schmidt eine Motorpumpe in Bewegung, und die Faschisten wurden aus dem VEB Aktivist hinausgespült.

Die sechzehnjährige Buchhalterin Heike Potthoff half ganz besonders mit, die Werktätigen aufzuklären und die Banditen zu vertreiben. Der siebzehnjährige Bäckerlehrling Dieter Schirner war gerade in der Berufsschule, wo er mit Jugendlichen diskutierte. Er wurde von Rowdies niedergeschlagen. Trotzdem ging er sofort in seinen Betrieb und arbeitete. Man musste ihn nach Hause schlafen schicken, sonst hätte er seinen Arbeitsplatz nicht verlassen.

Zwei Mädchen, Erika Strasser und Brigitte Michaelis, überlegten nicht lange, was sie zu tun hätten. Sie beantragten ihre Aufnahme in die FDJ. Ein junger Arbeiter aus dem Fuhrpark des VEB Aktivist, Günter Reinhardt, betrachtete den 17. Juni als Anlaß für sich, als Kandidat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beizutreten.

Das Herz der Jugend Berlins schlägt für die Republik

Das war die Antwort, die Tausende tapfere Jungen und Mädchen Berlins den Faschisten gaben. ‚Es wird Friede sein!‘ hieß ihre Antwort.

Das Beispiel der jungen Helden von Berlin zündete: Am Morgen des 18. Juni begannen die meisten der Werktätigen, die vierundzwanzig Stunden vorher auf die Faschisten hereingefallen waren, wieder mit ihrer Arbeit. Die Augen gingen ihnen auf und gingen ihnen über. Wie schäm-

ten sich viele am Morgen des 18. Juni! Es war, als hätten sie einen Tag lang zwei Herzen gehabt, eines für und eines gegen sich.

Die jungen Helden von Berlin aber haben ein Herz, und das schlägt für die Regierung unserer Republik.

Olaf Badstübner“

(‘Junge Welt’ vom 28.6.1953)

Dokument 4

Am 24.6.1953 wird über Jugendliche berichtet, die angebliche Provokateure festnahmen und der Volkspolizei übergaben.

EINE TAPFERE TAT

Drei Hochofenlehrlinge machten Provokateure dingfest



Peter Wellnitz Manfred Anduëies Manfred Reinke

Es war an jenem 17. Juni, wir hatten schon einige Stunden unserer Schicht hinter uns, als wir erfuhren, daß einige Provokateure die Arbeiter der verschiedenen Bau-Unionen in unserem Kombinat aufgewiegelt hatten. Viele Bauarbeiter legten die Arbeit nieder. Von bezahlten Elementen aufgehetzt und geführt, zogen sie durch das Kombinat, alle zur Arbeitsniederlegung auffordernd. So kamen sie auch an den Hochöfen vorbei. Sie versuchten auch uns zur Beteiligung an ihrem Streik zu bewegen. Da kamen sie aber an die falsche Adresse. Die Arbeiter an den Hochöfen machten ihnen klar, daß sie ihre Arbeitsplätze nicht verlassen

klarer, als sie begannen, frech zu werden und sich über uns Lehrlinge lustig zu machen. Wir zögerten nicht lange und verständigten die Kameraden der Volkspolizei. Mit ihnen zusammen nahmen wir die drei

‘Junge Welt’ vom 24.6.1953

„EINE TAPFERE TAT

Drei Hochofenlehrlinge machten Provokateure dingfest

Es war an jenem 17. Juni, wir hatten schon einige Stunden unserer Schicht hinter uns, als wir erfuhren, daß einige Provokateure die Arbeiter der verschiedenen Bau-Unionen in unserem Kombinat aufgewiegelt hatten. Viele Bauarbeiter legten die Arbeit nieder. Von bezahlten Elementen aufgehetzt und geführt, zogen sie durch das Kombinat, alle zur Arbeitsniederlegung auffordernd. So kamen sie auch an den Hochöfen vorbei. Sie versuchten auch uns zur Beteiligung an ihrem Streik zu bewegen. Da kamen sie aber an die falsche Adresse. Die Arbeiter an den Hochöfen machten ihnen klar, daß sie ihre Arbeitsplätze nicht verlassen

und ihre Arbeit nun erst recht verrichten werden. Dazu gehörten natürlich auch wir Hochofenlehrlinge. Als darauf die Hochöfner den Schutz ihrer Aggregate organisierten, waren wir Lehrlinge sofort dabei. Wir patrouillierten um die Hochöfen, und unser Augenmerk galt allen Personen, die sich dem Hochofenbereich näherten.

Etwa gegen 14 Uhr erblickten wir drei Lehrlinge auf der Brücke der Zufahrtsgleise zu den Öfen drei Personen. Uns fiel auf, daß ihr Interesse besonders den Eisenbahnern galt und daß sie ihnen und den Arbeitern der umliegenden Baustellen zuriefen, die Arbeit niederzulegen. Die Sache war klar, das mussten Provokateure sein. Wenige Minuten später waren wir auf der Brücke und hatten sie umstellt.

„Was sucht ihr hier?“ fragten wir die drei. Verlegen erklärten sie uns, sie wären nur hier, um sich die Pfannen anzusehen. Es handelte sich um die Pfannen, in denen das flüssige Roheisen abtransportiert wird. Es war klar, daß sich die drei mit einer faulen Ausrede herauswinden wollten. Das wurde noch klarer, als sie begannen, frech zu werden und sich über uns Lehrlinge lustig zu machen. Wir zögerten nicht lange und verständigten die Kameraden der Volkspolizei. Mit ihnen zusammen nahmen wir die drei Provokateure fest. Es waren die ersten und die letzten, die sich in den Hochofenbereich gewagt hatten.

Viele von uns Lehrlingen haben sich an diesem Abend und die Nacht hindurch freiwillig für den Schutz des Kombinats zur Verfügung gestellt. Wir waren uns bewußt, daß wir unser Werk schützen, unser Werk, das uns so viele Möglichkeiten zur Weiterentwicklung gibt. Viele von uns beenden in diesen Tagen ihre Lehrzeit. Sie werden dann als Hochöfner arbeiten. Jeder einzelne von uns hat seine eigene Perspektive. Der eine wird sich auf dem Meisterlehrgang qualifizieren, der andere wird zum Studium gehen. Alle Wege stehen uns offen. Das verdanken wir unserer Regierung. Und deshalb stehen wir, trotz aller Mängel, die es noch gibt und die wir auch in unserer Arbeit schon empfunden haben, fest und voller Vertrauen zur Regierung und zur Partei der Arbeiterklasse. Und was die Fehler und Mängel betrifft, von denen wir eben sprachen, so beweisen die Beschlüsse des Ministerrats und des ZK der SED wohl eindeutig, daß Regierung und Partei fest entschlossen sind, den Mißständen auf den Leib zu rücken. Das hat unser Vertrauen nur gestärkt. Und wir können versprechen: so wie wir am 17. Juni unseren Mann standen, so werden wir immer und überall und vor allem jetzt, wenn wir als Facharbeiter vor die Hochöfen kommen, unseren Mann stehen.

Peter Wellnitz, Manfred Andußies, Manfred Reinke“

(‘Junge Welt’ vom 24.6.1953)

Dokument 5

Schließlich wird berichtet, wie Jugendliche Soldaten der Sowjetarmee für ihren Einsatz dankten.

„Die Soldaten der Sowjetarmee – unsere guten Freunde

Ein Bild, das man in diesen Tagen, auf den Straßen und Plätzen Berlins immer wieder sieht: Soldaten der Sowjetarmee mit deutschen Kindern auf dem Arm. Sie schließen fest Freundschaft miteinander.

Studenten der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät besuchten – gleich vielen Jugendlichen in Berlin – die Soldaten und Offiziere der Sowjetarmee, denen sie danken, daß die faschistische Provokation am 17. Juni scheiterte.

Damit es den Kriegsbrandstiftern nicht gelingt, aus Deutschland ein zweites Korea zu machen – deshalb kamen die Sowjetsoldaten nach Berlin. Junge Pioniere der 22. Schule in Berlin-Mitte danken ihnen dafür.“

'Junge Welt' vom 26.6.1953



Dokument 6

Während der 17. Juni in der Bundesrepublik ein überaus bedeutsames Datum der jüngsten Geschichte blieb, wurde es in der DDR verdrängt. Lediglich als Reaktion auf bundesrepublikanische oder West-Berliner Gedenkveranstaltungen wird der 'konterrevolutionäre Putschversuch' thematisiert.

„Sie gingen baden

Der gestrige 17. Juni war für die Schöneberger Frontstadtstrategen ein Einbruch auf der ganzen Linie. Da hatten sie nun alles so schön vorbereitet: ‚Mahn- und Feierstunden‘ mit bengalischer Beleuchtung, sogar ‚Kundgebungen‘. Zehntausende Westberliner sollten in Pogromstimmung gegen den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat in Deutschland gebracht werden. So hatten sie es sich gedacht, der Brandt, der Lemmer, der Amrehn und wie diese Erzfeinde der DDR noch alle heißen. Doch die Zehntausende kamen nicht. Die gingen in Grünau, im Müggelsee und im Wannsee baden. Übrigens auch Brandt am Abend vor dem Schöneberger Rathaus – dieser allerdings unfreiwillig. Seine Hetzkundgebungen fielen nämlich buchstäblich ins Wasser.

Die ehrlichen Westberliner machen die Haßgesänge gegen die DDR eben nicht mit. Nicht viel anders war es übrigens auch in Westdeutschland.

Manche nutzten diesen Tag sogar noch viel besser. Arbeiter aus Westberliner Konzernbetrieben besuchten volkseigene Betriebe in der DDR und im demokratischen Sektor von Berlin und informierten sich bei ihren Kollegen über die sozialistischen Errungenschaften. Und die ‚Falken‘ von Ostwestfalen/Lippe nahmen den 17. Juni zum Anlaß einer Protestfahrt durch die Städte und Orte ihres Kreisgebietes gegen die automatische Aufrüstung der Bonner NATO-Armee. – Eine recht eindeutige Antwort an die Provokateure von damals und heute.

(‘Junge Welt’ vom 18.6.1958)

Dokument 7

Welle von Revanche-Kundgebungen in Westdeutschland:

Sie geifern nach Gewaltaktionen

Bonn (JW/ADN). Faschistische Hetze und revanchistisches Geschrei – das war der Tenor auf den ‚Kundgebungen‘, die von den Bonner Ultras zum Jahrestag des gescheiterten Putsches vom 17. Juni 1953 organisiert worden waren.

Auf den Hetzkundgebungen, an denen sich neben Lübke und Adenauer bezeichnenderweise auch Kriegsminister Hassel und SPD-Führer beteiligten, wurde die faschistische Pogromhetze des Kölner Revanchistenrummels fortgesetzt. Vor der Münchener Universität, wo Lübke das Andenken an die Geschwister Scholl mißbrauchte, wurden Flugblätter mit dem Text verteilt: ‚Oder-Neiße niemals Grenze. Verzicht auf deutsches Land ist Landesverrat!’

In Münster forderte Strauß-Nachfolger von Hassel eine ‚politische Offensive‘, wobei er zugab, daß man ‚an gewaltsame Aktionen der Befreiung‘ denke. Auf einem Militaristentreffen in Wiesbaden wandten sich ehemalige Hitler-Offiziere in preußischem Kommißton gegen ‚Lauheit und Resignation‘.

Das Motto all dieser wüsten Ausfälle hatte der Westberliner ‚Tagespiegel‘ mit den Worten gegeben: ‚Wir meinen Befreiung der Zone, wenn wir von Wiedervereinigung sprechen!’“

(‘Junge Welt’ vom 19.6.1963)

Die Darstellung der Ereignisse des 17. Juni 1953 in bundesrepublikanischen Schülerzeitungen

Schülerzeitungen sind periodisch erscheinende Publikationen, die von Schülern einer bestimmten Schule im Zusammenwirken mit der Schule für deren Schüler produziert werden. Die Betonung liegt dabei auf der Selbsttätigkeit und Selbstverantwortung der Schüler, die nur in Ausnahmefällen durch die Schule eingeschränkt werden sollte. Davon zu unterscheiden sind Schulzeitungen, die, obgleich Schüler etwa als Redakteure mitwirken können, von der Schulleitung verantwortet werden.

Zeitungen und Zeitschriften, die Schüler außerhalb und ohne Verantwortung der Schule publizieren, werden als 'jugendeigene Presse' bezeichnet. Schließlich sind noch Jugendzeitschriften zu erwähnen, die kommerzielle Interessen verfolgen.

Schülerzeitungen in diesem Sinne gibt es in größerem Umfang erst seit 1945, wenngleich ihre Geschichte bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht (vgl. LIEDTKE 1997). Zunächst wurde ihr Entstehen in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone gefördert, die sie im Rahmen der Re-education als ein Instrument zur Einübung von Selbsttätigkeit und demokratischer Mitverantwortung verstand. Schülerzeitungen sind eine Einrichtung der Schülermitverantwortung, die „ein freiwilliges, möglichst aus eigener Initiative kommendes mitverantwortliches Beteiligtsein der Schülerschaft am Leben und an der Arbeit der Schule“ (SCHEIBE 1959, S. 21) umschreibt. Diese mit der Arbeit an einer Schülerzeitung verbundene pädagogische Zielsetzung begründet den Anspruch der Schule, Einfluss auf die Arbeit der Redakteure nehmen zu können. Eine solche Einschränkung der freiheitlichen Entfaltung der Schüler kann jedoch mit dem grundgesetzlich garantierten Recht der Meinungsfreiheit kollidieren, das Schülerinnen und Schülern in gleicher Weise zusteht. Deshalb soll die Schule in diesem Bereich mit großer Zurückhaltung agieren: „die Beschränkungen der Meinungsäußerungsfreiheit der Schüler dürfen nicht stärker sein, als dies die Erziehungsaufgaben der Schule zwingend gebieten.“ (BRENNER, S. 42). Trotz solcher vielfach geäußerten Mahnungen gab es Klagen darüber, dass die Schulen zu großen Einfluss auf die Redakteure der Schülerzeitungen ausübten. „In der Praxis ... herrscht überwiegend eine ziemlich kräftige Vorzensur, entweder direkt oder in der geschmeidigeren Form 'dringender Empfehlung' mit diskreter Andeutung möglicher Sanktionen.“ (PERSCHEL 1962, S. 72). Auch heute spielt das Thema Zensur im Zusammenhang mit Schülerzeitungen noch eine gewichtige Rolle, wie den Websites etwa der 'Jugend Presse Berlins' zu entnehmen ist.

Um ein stärkeres Gewicht gegenüber der jeweiligen Schule zu erlangen, aber auch zur Verbesserung der Finanzierungsgrundlagen und um den Erfahrungsaustausch in der praktischen Redaktionsarbeit zu gewährleisten, schlossen sich die Redakteure der Schülerzeitungen zunächst in Landesarbeitsgemeinschaften zusammen. In Hessen begann eine derartige Zusammenarbeit bereits 1946. Der erste institutionelle Zusammenschluss erfolgte 1947 in West-Berlin. 1949 wurde die 'Arbeitsgemeinschaft hessischer Schülerzeitungen' gegründet, 1951 die 'Arbeitsgemeinschaft bayerischer Schülerzeitungen'.

Mitte 1951 suchte die hessische Landesarbeitsgemeinschaft mit Erfolg eine bundesweite Institution zu gründen. Am 27. Januar 1952 versammelten sich Vertreter der drei bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften sowie erwachsene Förderer der Schülerpresse in Frankfurt/M.,

um die Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse zu gründen. Erst durch diese Gründung konnten staatliche Zuschüsse eingeworben werden.

Die erste ordentliche Bundesversammlung der 'Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse' fand 1952 statt, die zweite fand im Mai 1953 in Berlin statt, also unmittelbar vor den Ereignissen des 17. Juni 1953. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich weitere Landesarbeitsgemeinschaften in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg und Niedersachsen gegründet, die sich ebenfalls der Bundesarbeitsgemeinschaft anschlossen. Über 150 Schülerzeitungen wurden zu diesem Zeitpunkt von ihr vertreten.

Neben der Veranstaltung von Tagungen sowie der Herausgabe von Zeitschriften und Zeitungen, die die Arbeit der Redakteure unterstützen sollten, bestand eine weitere Aufgabe in der Archivierung der von der Bundesarbeitsgemeinschaft vertretenen Schülerzeitungen. Als sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse 1967 auflöste, ging dieser Bestand an das Institut für Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und von dort an die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, wo er sich seit 2002 befindet. Aus diesem Bestand wurden die ausgestellten Schüleraufsätze ausgewählt.

Bis 1963 dominierte innerhalb der Publikationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse eine streng antikommunistische Ausrichtung. LUTZ NIETHAMMER, 1958/59 Vorstandsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, resümierte 1962: „Doch wenn man die Ergebnisse dieser durchaus gutwilligen Anstrengungen der Schülerzeitungsredakteure betrachtet, so muß ein entscheidender Mangel an selbständigem Denken festgestellt werden, an Kritik in der Verwendung von Propagandamaterial (das vor allem vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen zur Verfügung gestellt wurde – C.R.), es muß gesehen werden, daß die meisten Artikel keine publizistische Arbeit darstellen, sondern ein Wiederkäuen der Propaganda, die auf den Schreiber eingewirkt hat.“ (NIETHAMMER 1962. Zit. nach BARTELS 1987, S. 32).

Dokument 8

Diesem Urteil entspricht der Beitrag von Manfred Geltinger im 'Blitzableiter', der Schülerzeitung der Oberrealschule Aschaffenburg vom Juni 1959, der sich auf die vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebene Broschüre: 'Der Aufstand im Juni. Ein dokumentarischer Bericht'. Berlin 1954 stützte:

„Ostberlin, wie hast du dir verändert!“, „Wir brauchen keine Volksarmee!“, „Wir wollen freie Wahlen!“, „HO macht uns k. o.!“

Die Arbeiter der Stalinallee demonstrieren gegen die angekündigte Normenerhöhung und Lohnsenkung. Es brodeln in Ostberlin, es gärt in Magdeburg, eine Betriebsbelegschaft schließt sich der anderen an. Der

Zug wächst an. Um 8.30 Uhr stehen die ersten Demonstranten im Regierungsviertel. Lastwagen fahren Vopos heran, die abspringen und den Platz vor dem Ministerium absperren. In der Wilhelmstraße müssen 50 FDJ-Jungen, Knaben im Alter von 10 bis 14 Jahren, bei der Absperrung helfen.

Der Zug erreicht die Polizeikette, und plötzlich lösen sich aus den ersten Reihen der Demonstranten einige Zivilisten und schlüpfen durch die Sperrkette. Sie sprechen mit den Offizieren, die im zweiten Glied stehen und weisen auf einige Demonstranten. Polizisten stürzen auf diese, schlagen auf sie ein und verhaften sie in dem Durcheinander.



Weitere Demonstranten kommen die Stalinallee in Richtung Alexanderplatz entlangmarschiert. Einem Zug von etwa 5 000 Arbeitern wird ein Schild vorangetragen 'Wir fordern freie und geheime Wahlen in ganz Berlin und in ganz Deutschland'. Im Abstand von 300 Metern folgt ein weiterer Demonstrantenzug mit mindestens 20 000 Teilnehmern. Hier werden viele schwarz-rot-goldene Fahnen getragen, die mit Blumensträußen geschmückt sind. Ständig fordern Sprechchöre ein einiges, freies Berlin und ein einziges freies Deutschland.

DANN KAMEN DIE PANZER. Eine Vopokette riegelt die Stalinallee ab. Der Demonstrationszug öffnet sich in der Mitte, so daß Arbeiter, die mit Ramm Balken, Bauhölzern und Rundbohlen bewaffnet sind, im Sturm auf gegen die Polizeiketten anrennen und diese durchrennen können. Russische Panzer, motorisierte Infanterie und motorisierte Granatwerfer durchfahren die Stalinallee in Richtung Alexanderplatz. Diese

Kolonne, in der etwa 50 Panzerwagen mitfahren, zersprengt zunächst nur auf der rechten Fahrbahn die bereits durchgebrochenen Demonstranten. In diesem Augenblick nehmen die Volkspolizisten von mehreren Seiten wahllos Verhaftungen vor, wobei sie mit dem Knüttel brutal auf die Menschen, gleichgültig ob Männer, Frauen oder Jugendliche, einschlagen.

Einige Berliner versuchen, mit den Russen ins Gespräch zu kommen: ‚Was wollt ihr Russen eigentlich von uns? Wir sind auch nur Arbeiter wie ihr, wir demonstrieren für unser gutes Recht‘. Einer der Russen antwortet: ‚Wir haben Prikas hierherzukommen, wir wissen gar nicht, was los ist. Uns hat man gesagt, hier seien westliche Provokateure‘. (Die Panzertruppen, die später nach Berlin kamen, haben sogar nach ‚amerikanischen Panzern‘ im Ostsektor gesucht).

DIE ROTE FLAGGE FÄLLT. Zwei Ostberliner Jungarbeiter klettern auf das Tor: ‚Ich weiß nicht, was es war und wie es kam, jedenfalls ich entschloß mich, hinaufzugehen und die Fahne herunterzuholen. Wir mußten schnell arbeiten, damit uns der Rückweg nicht blockiert wurde. Wir gingen die Treppe und die Leiter hinauf. Auf der Rückseite des Podestes waren wir noch im Feuerschutz. Schnell sprangen wir auf die Fahne zu und rissen (!) sie herunter. Es ging langsam und schwer. Alle sahen uns, denn es war auf einmal ringsherum Stille. Die Fahne wollte nicht abgehen. Unten schrie einer: ‚Kommt runter, es wird gefährlich!‘ Wir sprangen nun aus dem Schußfeld und eilten hinab. Unten empfing uns ein toller Beifall. Eine solche Siegerehrung habe ich auf keinem Sportplatz erlebt. Alles klatschte und schrie, und wir mußten viele Hände schütteln.

Die Demonstranten versuchen gegen die Panzer vorzugehen. Ein Panzer ist in ein Ruinengelände eingebrochen, ihm wird die Antenne abgerissen, einige klettern oben drauf und werfen Steine ins Innere, während andere Geschütztürme oder Ketten mit Balken zu verklemmen versuchen. Nach dem Eintreffen der sowjetischen Panzer wird das Schießverbot aufgehoben. Vor dem Regierungsgebäude feuert man auf Demonstranten.

Während Jugendliche und Frauen meist fluchtartig den Platz verlassen, haken sich die Arbeiter unter und gehen auf die Schießenden zu. Dann, immer noch fest untergehakt, gehen sie einige Schritte zurück und wieder vor, obwohl einige von ihnen von den Kugeln getroffen und weggeschleppt werden. Als die Leute die Sinnlosigkeit eines solchen Widerstandes einsehen, laufen auch sie zurück. Schüsse werden ihnen hinterherjagt.

Aus Lautsprechern wird verkündet: ‚Der sowjetische Stadtkommandant befiehlt: Ab 13 Uhr wird der Ausnahmezustand verhängt. Menschenansammlungen über 3 Personen sind verboten. Verstöße werden nach dem Kriegsrecht bestraft.‘

Bis zum Abend peitschten Schüsse in die demonstrierende Menge. Vor dem Zentralkomitee der SED staut sich die Bevölkerung. Umsonst heben sich drohend die Fäuste gegen den Panzerriegel.

Der Abend des 17. Juni zeigte, wie der ganze Tag, das schier unglaubliche Nebeneinander zweier Welten innerhalb Berlins. Am Kurfürstendamm saßen gutangezogene Menschen auf den hellbeleuchteten Kaffeeterrassen, es schien unvorstellbar, daß 3 Kilometer weiter in raucherfüllten Straßen auf Passanten geschossen wurde. Zwar hatte der Senator für Volksbildung den festlichen Empfang abgesagt, der nach dem Eröffnungsabend der Internationalen Filmfestspiele stattfinden sollte; zwar waren die Gedanken wohl jedes Westberliners an diesem Abend bei den Ereignissen in Ostberlin – doch deshalb blieb der äußere Kontrast bestehen: am Kurfürstendamm bunte Fahnen und emsiges Getriebe. Unter den Linden der Belagerungszustand. Während der eine Teil der Stadt seinen Alltag durchmaß – nur einige Grade erregter als sonst –, waren im anderen Gefechte gegen die Zivilbevölkerung geliefert worden; während der eine Teil fast unverändert weiterlebte, schien der andere erstorben zu sein.

Und WIR? Die Wirte Nordrhein-Westfalens beschwerten sich, als ein Antrag im Landtag eingebracht wird, der das Verbot aller öffentlichen Veranstaltungen am 17. Juni vorsieht. Sie könnten ja an dem zu erwartenden geschäftlichen Verlust zugrunde gehen!

Die Bevölkerung der Bundesrepublik geht baden, während die Arbeiter in der Ostzone an ihren Maschinen stehen.

Man sucht an dem Tag, der den Brüdern in der Ostzone bei einem verzweifelnden Freiheitskampf viele Todesopfer gekostet hat, das Vergnügen.

Etwas geht nicht auf in der westdeutschen Rechnung.

Manfred Geltinger

Teile des Berichtes sind dem Heft ‚Der Aufstand im Juni‘ entnommen.“

(‘Blitzableiter’, Schülerzeitung der Oberrealschule Aschaffenburg, Juni 1959)

Dokument 9

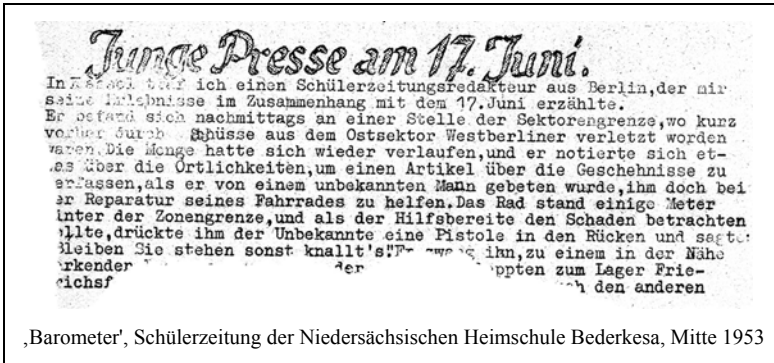
Sehr viel authentischer wirkt ein angeblicher Zeitzeugenbericht, den der 13-jährige Manfred Hartung im ‚Barometer‘, Schülerzeitung der Niedersächsischen Heimschule Bederkesa, Mitte 1953 niederschrieb:

„Junge Presse am 17. Juni.

In Kassel traf ich einen Schülerzeitungsredakteur aus Berlin, der mir seine Erlebnisse im Zusammenhang mit dem 17. Juni erzählte.

Er befand sich nachmittags an einer Stelle der Sektorengrenze, wo kurz vorher durch Schüsse aus dem Ostsektor Westberliner verletzt worden waren. Die Menge hatte sich wieder verlaufen, und er notierte sich etwas über die Örtlichkeiten, um einen Artikel über die Geschehnisse zu ver-

fassen, als er von einem unbekannten Mann gebeten wurde, ihm doch bei der Reparatur seines Fahrrades zu helfen. Das Rad stand einige Meter hinter der Zonengrenze, und als der Hilfsbereite den Schaden betrachten wollte, drückte ihm der Unbekannte eine Pistole in den Rücken und sagte: ‚Bleiben Sie stehen sonst knallt's‘. Er zwang ihn, zu einem in der Nähe parkenden Lastwagen zu gehen, der den Verschleppten zum Lager Friedrichsfelde-Ost transportierte. Dort wurde ihm, wie auch den anderen Häftlingen sämtliche Wertsachen und auch der Schlips abgenommen. Nach mehreren Verhören im Volkspolizei-Präsidium wurde er am 19. von einer BMW-Limousine abgeholt. Während der Fahrt wurden ihm die Augen verbunden, schließlich landete er im Keller eines ihm unbekannten Gebäudes. Hier wurde er sofort zum Verhör geholt, er sollte ein Protokoll unterschreiben, das ihn beschuldigte, ‚Provokationen‘ in Ost-Berlin vorbereitet zu haben. In dem Zusammenhang warf man ihm auch seine Mitarbeit an einer West-Berliner Schülerzeitung und in der Jungen Presse vor, über die der Vernehmende sehr gut unterrichtet war. Er hatte z. B. ein Photo, das diesen Schülerredakteur zusammen mit zwei Kollegen zeigte, und keiner der Abgebildeten kann sich überhaupt erinnern, wie dieses Bild gemacht worden ist. Der Untersuchungskommissar beschuldigte die Junge Presse, die Jugend Westdeutschlands und West-Berlins zu verhetzen und den ‚sozialistischen Aufbau‘ in der ‚DDR‘ schlechtzumachen. Das täte sie in größerem Maße als die Tagespresse, da die Schülerzeitungen von Jugendlichen unmittelbar für die Jugend gestaltet würden und in diesem Bereich ein größeres Echo fänden.



Es ist für uns sehr interessant zu erfahren, welche Bedeutung der sowjetzonale Staatssicherheitsdienst unseren Zeitungen beimißt, scheinbar eine größere als viele westdeutschen Behörden. Der SSD war über unsere Arbeit recht gut informiert, und es ist anzunehmen, daß er auch die Namen derer kennt, die Pfingsten auf der Bundestagung in Berlin waren und die Tageszeitung herausbrachten mit der Schlagzeile ‚Rätselraten um Wilhelm Pieck‘.

Nun wurde versucht, den Westberliner durch Torturen gemeinster Art zum Geständnis zu zwingen, Schläge mit dem Gewehrkolben, grelles Scheinwerferlicht, Rauschgiftzigaretten um den Willen zu brechen, sol-

cher Art waren die Mittel des Verhörs. Bei einem anderen Verhör wurden in pausenloser und unregelmäßiger Folge verschiedenfarbige Tafeln gezeigt, und der Häftling musste die Farben nennen, bei jedem Fehler wurde er mit dem Gewehrkolben geschlagen, das dauerte so lange, bis er vor Erschöpfung überhaupt keine Farben mehr zu unterscheiden vermochte. Er weigerte sich immer noch zu unterschreiben. Darauf wurde er in eine Zelle von der Größe eines Schrankes gesperrt, er merkte plötzlich, wie die Wände immer heißer wurden, bis die Temperatur fast unerträglich war. Als er danach die Unterschrift wieder verweigerte, wurde ihm gedroht: ‚Wenn Sie nicht unterschreiben, übergeben wir Sie dem Russen. Sie kommen nach Rummelsburg, und dort ist man nicht so großzügig wie hier. Man wird Sie an die Wand stellen.‘ Schließlich wurde er wieder ins Lager gebracht, von dort nach Karlshorst, zurück ins Lager und noch einmal nach Karlshorst. Dort versuchte man, ihn zu Spitzeldiensten zu pressen. Bei der letzten Vernehmung merkte er, wie der SSD-Funktionär seine Akte, die die Nummer 17 trug, in die Mappe Nr. 117 legte. Kurz darauf stellte ein anderer fest, daß für diesen Häftling kein Material vorhanden war, er mußte ein harmloses Protokoll unterschreiben und wurde am 27. 6. mit 40 anderen Westberlinern zum Brandenburger Tor gebracht und freigelassen. Inzwischen ist er in Abwesenheit zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. –

Manfred Hartung 13“

(‘Barometer’, Schülerzeitung der Niedersächsischen Heimschule Bederkesa, Mitte 1953)

Dokument 10

Ebenfalls ein Zeitzeugenbericht eines an den Ereignissen des 17. Juni Beteiligten steht im Mittelpunkt eines Beitrags in der Dattelner Schülerzeitung ‘Ätzel’ Ende der 1950er Jahre. Allerdings mündet er in eine Kritik darüber, wie die Bundesrepublik mit den gefeierten ‘Helden’ des 17. Juni umgeht:

„Der Held ist müde ...

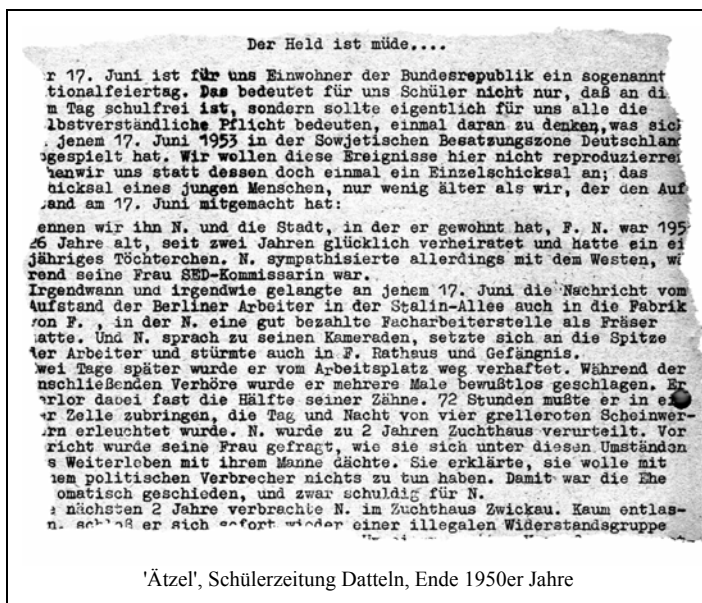
Der 17. Juni ist für uns Einwohner der Bundesrepublik ein sogenannter Nationalfeiertag. Das bedeutet für uns Schüler nicht nur, daß an diesem Tag schulfrei ist, sondern sollte eigentlich für uns alle die selbstverständliche Pflicht bedeuten, einmal daran zu denken, was sich an jenem 17. Juni 1953 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands abgespielt hat. Wir wollen diese Ereignisse hier nicht reproduzieren: Sehen wir uns statt dessen doch einmal ein Einzelschicksal an; das Schicksal eines jungen Menschen, nur wenig älter als wir, der den Aufstand am 17. Juni mitgemacht hat:

Nennen wir ihn N. und die Stadt, in der er gewohnt hat, F. N. war 1953 26 Jahre alt, seit zwei Jahren glücklich verheiratet und hatte ein einjähriges Töchterchen. N. sympathisierte allerdings mit dem Westen, während seine Frau SED-Kommissarin war.

Irgendwann und irgendwie gelangte an jenem 17. Juni die Nachricht vom Aufstand der Berliner Arbeiter in der Stalin-Allee auch in die Fabrik von F., in der N. eine gut bezahlte Facharbeiterstelle als Fräser hatte. Und N. sprach zu seinen Kameraden, setzte sich an die Spitze der Arbeiter und stürmte auch in F. Rathaus und Gefängnis.

Zwei Tage später wurde er vom Arbeitsplatz weg verhaftet. Während der anschließenden Verhöre wurde er mehrere Male bewußtlos geschlagen. Er verlor dabei fast die Hälfte seiner Zähne. 72 Stunden mußte er in einer Zelle zubringen, die Tag und Nacht von vier grellroten Scheinwerfern erleuchtet wurde. N. wurde zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vor Gericht wurde seine Frau gefragt, wie sie sich unter diesen Umständen das Weiterleben mit ihrem Manne dachte. Sie erklärte, sie wolle mit einem politischen Verbrecher nichts zu tun haben. Damit war die Ehe automatisch geschieden, und zwar schuldig für N.

Die nächsten 2 Jahre verbrachte N. im Zuchthaus Zwickau. Kaum entlassen, schloß er sich sofort wieder einer illegalen Widerstandsgruppe an. Doch die Polizei erfuhr davon. Um einer zweiten Verhaftung zu entgehen, floh er im Oktober 1955 in die Westzone.



Man sollte annehmen, daß damit die Leidensgeschichte N's ihr endgültiges Ende gefunden habe. Doch weit gefehlt, sie beginnt erst eigentlich richtig mit seiner Flucht. Und was jetzt kommt, geht uns alle unmittelbar an, es geschah nämlich – und geschieht auch heute noch – bei uns in der Bundesrepublik!

N. hatte durch die Schläge während der Verhöre eine Kopfverletzung erlitten. Seit dieser Kopfverletzung leidet er in Abständen von Wochen an

Krampfanfällen. Als er sich hier im Westen beim Arbeitsamt meldete, gab er diese Anfälle ehrlich mit an. Das war für das Arbeitsamt ein Grund, ihn für vermittlungsunfähig zu erklären und ihn an die Wohlfahrt zu überweisen. Er bezieht seitdem pro Monat 66.- DM Wohlfahrtsunterstützung. Davon bezahlt er im Monat 50.- DM Miete für ein möbliertes Zimmer, sodaß ihm nur 16.- DM zum Leben bleiben. Als ich N. vor kurzem kennen lernte, war er seiner Zimmerwirtin 150.- DM schuldig. Außerdem hatte sie ihm zum nächsten Ersten gekündigt. N's sämtliche Kleidungsstücke, außer den schlechtesten, die er anhatte, waren im Pfandhaus. Seit einer Woche hatte er keine warme Mahlzeit mehr gehabt.

N. ist verbittert durch die Behandlung, die man ihm zuteil werden läßt, wenn er sich um Arbeit oder um Beihilfen bemüht. „Sie sind ja selbst schuld, warum haben Sie am 17. Juni mitgemacht?!“ ist noch eine von den mildesten Antworten!!!

Nach einem Anfall war N. in ein Krankenhaus eingewiesen worden. Die Ärzte beantragten für ihn eine genaue Beobachtung in einer Nervenklinik; diese sei wegen der Schwere des Krankheitsbildes unbedingt erforderlich. Diese Untersuchung – für N. vielleicht von lebenswichtiger Bedeutung – wurde abgelehnt, weil niemand, weder Wohlfahrt noch sonst jemand, die Kosten übernehmen wollte.

N. hat jetzt eine Rente beantragt. Obwohl er im Besitz aller Papiere ist, (Gerichtsurteil, Bescheinigung über die Zuchthausstrafe, Scheidungsurteil, ärztliche Befunde usw.), hat man ihm schon angedeutet, daß sein Antrag wohl kaum Aussicht auf Erfolg habe. Es sei nicht eindeutig genug bewiesen, daß seine Kopfverletzung, und damit seine Anfälle, unbedingt eine Folge jenes 17. Juni sei.

Als ich mich von N. verabschiedete, sagte er mir: „Obwohl ich 2 Jahre in Zwickau gesessen habe, obwohl ich geschlagen worden bin, obwohl ich von meiner Frau geschieden wurde und man mir mein Kind genommen hat, habe ich nicht bereut, was ich am 17. Juni getan habe Doch jetzt bereue ich es bitterlich!!“

Man spricht bei uns so oft von den ‚Helden des 17. Juni‘ und feiert sie in den Gedenkstunden am Nationalfeiertag Ich frage mich: wozu diese Gedenkstunden, wozu dieser Nationalfeiertag, wenn jene sogenannten ‚Helden‘ hier in der Bundesrepublik gezwungen sind, Bettler oder Verbrecher zu werden, wenn sie nicht verhungern wollen!

Ich habe mich geschämt, als ich mit N. sprach, und ich schäme mich noch immer für unseren ‚goldenen Westen‘, für unser ‚Wirtschaftswunder‘, für unsere Paragraphen und Beamten, die so etwas zulassen.

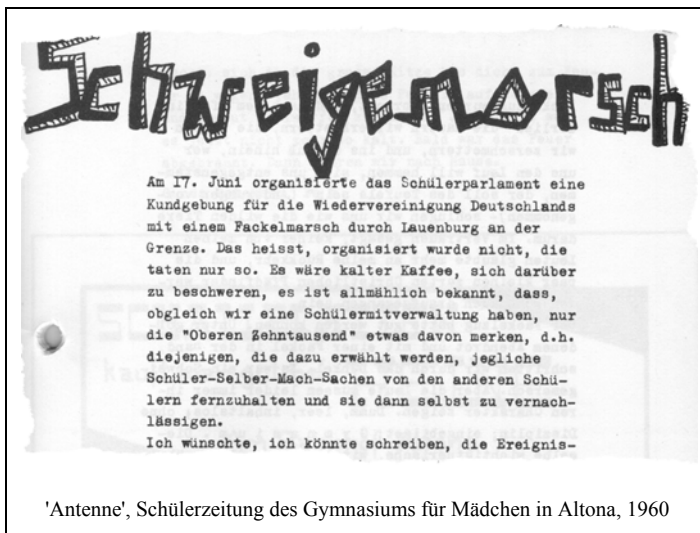
Es ist wichtig, daß wir des 17. Juni gedenken. Doch viel wichtiger ist es, daß wir die Menschen, die an diesem 17. Juni 1953 ihr Leben für die Freiheit gewagt haben, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften unterstützen.“

(‘Ätzel’, Schülerzeitung Datteln, Ende 1950er Jahre)

Eher im Sinne eines kritischen Journalismus sind Berichte über Gedenkveranstaltungen anlässlich des 17. Juni, so von Gunda Petersen in der Schülerzeitung 'Antenne' des Gymnasiums für Mädchen in Altona:

„Schweigemarsch

Am 17. Juni organisierte das Schülerparlament eine Kundgebung für die Wiedervereinigung Deutschlands mit einem Fackelmarsch durch Lauenburg an der Grenze. Das heisst, organisiert wurde nicht, die taten nur so. Es wäre kalter Kaffee, sich darüber zu beschweren, es ist allmählich bekannt, dass, obgleich wir eine Schülermitverwaltung haben, nur die ‚Oberen Zehntausend‘ etwas davon merken, d.h. diejenigen, die dazu erwählt werden, jegliche Schüler-Selber-Mach-Sachen von den anderen Schülern fernzuhalten und sie dann selbst zu vernachlässigen.



Ich wünschte, ich könnte schreiben, die Ereignisfreudigkeit aller Beteiligten hätte die mangelnde Organisation wieder wettgemacht. War das eine spontane Kundgebung, als wir nach dreimaligem Aus-dem-Bus-Steigen und Hin- und zurück-Laufen angeödet in wüstem Gedränge vor dem Schlagbaum standen, wo mir kein Mensch sagen konnte, ob dahinter das Niemandsland oder was sonst lag?

Gespräche über das, was drüben lag, waren sowieso verpönt.

Als wir später in der Stadt um die Trommler und Pfeiffer herumstanden, neben der Fahnenstafette (die durch alle Zeitungen ging), die sich die ganze Zeit Sorgen darum machte, ob ihre Kumpels im Wirtshaus wohl noch etwas Essen für die übrig gelassen hätten, da verbargen die we-

nigsten ihre Langeweile, die angesichts der schwitzenden Pauker und Trompeter aufkam. Während der zweieinhalb Stunden, die wir da im Halbkreis gesellig verbrachten, war es die Attraktion, als ein Bauge-
nist an einem Neubau von ‚tollen Bienen‘ belastet fast zusammenbrach. Die ‚Bienen‘ hatten sich den ‚Zauber‘ von oben angesehen und mussten nun unter Ahs und Ohs den gefährvollen Abstieg von aussen in die sensationshungrige Menge wagen. Später wurde es noch sensationeller. Die Fackeln für den Fackelzug wurden gebracht, und nach dem Pfadfinder-
lied ‚die Mauern wir erklettern, die andern wir zerschmettern, und ins Gewühl hinein, wer uns den Lauf will hemmen, sich uns entgegenstem-
men, der soll des Teufels sein‘ (Änderungen vorgenommen) – schlugen wir uns wie die wilden Tiere darum. Im Vertrauen gesagt, keiner von meinen Leuten glaubte mehr an meine Rückkehr, und die paar kleinen zarten Christlichen Pfadfinder werden wohl auch draufgegangen sein.

Der Fackelzug hätte gut werden können. Unter goldenem Abendrot und mit einer Fackel in der Hand, schritten wir durch das Dunkel. Es war ein Schweigemarsch. Aber die Leute müssen leider immer ihren Charakter zeigen. Dumm, leer, inhaltslos, ohne Disziplin; eingebildet; G y m n a - s i u m . Dieselbe wichtigtueriesche, witzig- und – allem –überlegen-sein-sollende Unterhaltung wurde eher lauter als leiser: es standen ja auch viele Neugierige am Strassenrand, Leute, die vielleicht auf die jugendliche Kundgebung ‚gesetzt‘ hatten, und die Schwätzer nun bestimmt bewunderten. Die ‚Unterhaltung‘ riss auch nicht ab, als die Fackelträger um den riesigen Holzstoss eine Stundelang standen und die Reden, die von irgendwelchen Senatoren gehalten wurden, leider nicht hören konnten. Es sah auch hier bei uns sehr feierlich aus, mit den vielen Fackeln im Kreis, aber es waren zu wenig Leute da, die eine patriotisch-trotzige oder ähnliche Stimmung hätten aufkommen lassen können. Eigentlich hätte man auch das Deutschlandlied und ‚Freiheit, die ich meine‘ nicht so unbeteiligt zu leiern brauchen. Es war wie ein langweiliges ‚Volksfest‘. Die kleinen Pfadfinder, die man lieber nicht hätte zulassen sollen, entfachten überall kleine Lagerfeuer mit ihren Fackeln und sprangen fröhlich um sie herum. Als sie schliesslich gegen die wütenden Blicke der Feuerwehrleute gefeit waren, machten sie Zielwerfen mit den Fackeln auf den Holzstoss. Bald wuchs das Feuer hoch hinaus, und sie erfanden einen neuen Sport: sich in die grosse Hitze bis dicht zum Feuer zu wagen, fehlgegangene Fackeln aufzusammeln und erneut Zielwerfen zu machen. Jedenfalls war es jetzt nicht mehr so kalt. Bald war das Feuer abgebrannt. Dann fuhren wir nach Hause.

Gunda Petersen, 10 b“

(‘Antenne’, Schülerzeitung des Gymnasiums für Mädchen in Altona vom September 1960)

Schullehrbücher für den Geschichtsunterricht in West und Ost

Schulgeschichtsbücher suchen jenes Grundwissen zu versammeln, das der nachwachsenden Generation als Beitrag zum Bestand der jeweiligen gesellschaftlich-politischen Ordnung vermittelt werden soll. Ihr Erschei-

nen unterliegt behördlich-ministerieller Kontrolle. Ihr didaktisch aufbereiteter Inhalt korrespondiert mit der jeweils dominanten Geschichtsschreibung ebenso wie mit den von politischen Parteien und Interessenverbänden vertretenen Geschichtsbildern. Sie ordnen sich dem jeweils schulgesetzlichen Erziehungs- bzw. Bildungsauftrag der Schule und dabei insbesondere jenen Unterrichtsfächern zu, die für die weltanschauliche und politische Überzeugungsbildung besonders geeignet sind. An ihrer Geschichte lässt sich der in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert häufige politische Systemwechsel und die damit verbundene Umbewertung und Neukomposition historischen Geschehens ablesen. Mit Wiedereröffnung der Schulen im Herbst 1945 war Geschichtsunterricht auf Grund alliierter Befehle für drei Jahre verboten. Bei der Neukonstituierung des Fachs und der Schulbuchschreibung blieb politische Geschichte, für die Zeitgeschichte nun die des „Kalten Kriegs“, bestimmend. Wirtschafts-, Sozial- und Alltagsgeschichte etwa kamen nur dann ins Spiel, wenn das eigene Selbstbild zu bestätigen und der zu diesem im Gegensatz stehende „totalitäre Kommunismus“ bzw. der „imperialistische Klassenfeind“ zu brandmarken war. Insofern diese Schulbucherzählung Wirkung zeigte, blieb man sich bis zum Argwohn und zur Feindschaft fremd.

Eine öffentliche Debatte und Meinungsbildung über politische Erziehungsziele und die Inhalte des Schulunterrichts fanden in der DDR nicht statt. Diese Ziele, gerichtet auf staatstragende Bewusstseinsformierung, waren durch SED-Parteibeschlüsse vorgegeben. Nach dem auf die Historie von Klassenkämpfen abgestellten Geschichtsbild der SED fanden diese Kämpfe im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ ihre Erfüllung, gefährdet und bedroht nur noch durch die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Attacken des territoriale und soziale Revanche suchenden „Klassengegners“, der sich im „monopolkapitalistischen Herrschaftssystem“ der Bundesrepublik manifestiere. Das Vorhandensein von politischer Opposition in der DDR wurde im Bild von den Werktätigen, die geschlossen hinter Partei und Regierung stünden, geleugnet. Eine Vielfalt des Angebots von Schulbüchern gründende Auswahlmöglichkeit bestand für die Lehrpersonen nicht. Vielmehr war diesen ein unter den ideologischen Vorgaben der SED-Führung stehender Lehrplan für alle Unterrichtsfächer, einschließlich dem in Geschichte, vorgegeben. Auch der Lehrplan für Geschichte und die dazugehörigen Lehrmaterialien wurden unter parteilicher und ministerieller Kontrolle an der dafür zuständigen zentralen Wissenschaftseinrichtung ausgearbeitet. Mit den jeweils neuen, in großen zeitlichen Abständen entstehenden Lehrplänen entstanden auch neue Lehrbücher für den Geschichtsunterricht, die auch unterschiedliche, im Grundtenor aber gleich bleibende Passagen über den 17. Juni 1953 enthielten.

Einer besonders in den 1980er Jahren an Raum gewinnenden „differenzierten“ Darstellung deutscher Geschichte folgte das für alle Schulen einheitliche „Lehrbuch Geschichte“ nur vorsichtig, auch wenn sich neue Akzente (vgl. MÄTZING 1999) abzeichneten. Zwar entfielen nun bei der Darstellung der „Ereignisse“ des 17. Juni frühere Attribute wie „konterrevolutionär“ oder „faschistisch“, verzichtet wurde aber auch weiterhin auf einen Versuch, die in der DDR vorausgegangene, protestaustösende Entwicklung zu kennzeichnen und damit eine auf die SED bezogene, wenn auch nur retrospektive „Fehlerdiskussion“ zu vermeiden. Der 17. Juni blieb ein Werk von westlich instruierten „Provokateuren“, ein von der DDR-Bevölkerung nicht angenommener „Putsch“, der von der klassenbewussten Arbeiterschaft unter schlichtendem Eingreifen der Sowjetarmee in kurzer Zeit vereitelt wurde. Das die DDR-Führung quälende historische Ereignis ließ sich damit als Zeichen der unaufhaltsamen „Sieghaftigkeit des Sozialismus“ auf deutschem Boden lesen und politisch offensiv verwerten.

Dokument 12

„Das Scheitern des faschistischen Putschversuchs 1953

Im Juni 1953 nahmen die Imperialisten fieberhaft Kurs auf die gewaltsame Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik. ...

In dieser Situation versuchten sie am 17. Juni 1953 einen faschistischen Putsch anzuzetteln, der die Arbeiter-und-Bauern-Macht stürzen sollte. Rowdys aus halbfaschistischen Organisationen, arbeitsscheue und kriminelle Elemente wurden von den Berliner Westsektoren her in die DDR eingeschleust. Die Leitung lag in den Händen des amerikanischen Geheimdienstes und Bonner Regierungsstellen.

Der Putsch wurde von unseren Staatsorganen gemeinsam mit den klassenbewußten Werktätigen niedergeschlagen. Die zeitweilig in der Deutschen Demokratischen Republik stationierten Streitkräfte der UdSSR verhinderten, daß es zu einem militärischen Überfall auf unseren Staat und damit zum Beginn eines neuen Krieges in Europa kam.

Nach dem 17. Juni 1953 scharten sich die Werktätigen noch enger um ihren Staat, viele baten um Aufnahme in die Partei der Arbeiterklasse. Sie erhöhten ihre revolutionäre Wachsamkeit und bildeten zum Schutze der sozialistischen Errungenschaften Kampfgruppen in den volkseigenen Betrieben und in den Verwaltungen des Staatsapparates.“

(Lehrbuch für Geschichte der 10. Klasse der Oberschule und der erweiterten Oberschule. Berlin: Volk u. Wissen, 1961, S. 316 ff.)

internationale Entspannung an. In Korea zum Beispiel gelang es den friedliebenden Kräften, die Beendigung der amerikanischen Aggression und den Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens durchzusetzen. In Deutschland unternahm die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, unterstützt durch die Sowjetregierung, neue Anstrengungen zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Das Beispiel des friedlichen sozialistischen Aufbaus strahlte immer mehr auf Westdeutschland aus, und die Anfangsschwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus wurden zusehends überwunden. Die reaktionären Kräfte erkannten, daß die Einheit zwischen der Partei der Arbeiterklasse, der Staatsmacht und den breiten Massen des Volkes sich immer enger gestaltete und daß damit ihre Absichten zur „Aufrollung“ der Deutschen Demokratischen Republik immer aussichtsloser wurden.



Abb. 116 Agententrupps — im amerikanischen Sektor unserer gespaltenen Hauptstadt organisiert — sollten mit Brandstiftung, Terror und Mord unsere friedliche Arbeit stören. Das Bild zeigt den Potsdamer Platz am 17. Juni 1953

In dieser Situation versuchten sie am 17. Juni 1953 einen faschistischen Putsch anzuzetteln, der die Arbeiter-und-Bauern-Macht stürzen sollte. Rowdys aus halbfaschistischen Organisationen, arbeitsscheue und kriminelle Elemente wurden von den Berliner Westsektoren her in die DDR eingeschleust. Die Leitung lag in Händen des amerikanischen Geheimdienstes und Bonner Regierungsstellen.

Der Putsch wurde von unseren Staatsorganen gemeinsam mit den klassenbewußten Werktätigen niedergeschlagen. Die zeitweilig in der

Aus: Lehrbuch für Geschichte der 10. Klasse der Oberschule und der erweiterten Oberschule. Berlin (Ost) 1961

Dokument 13

„Unter dem Einfluß des politischen, ökonomischen und ideologischen Drucks des Imperialismus verstärkten sich in der ersten Hälfte des Jahres 1953 Störungen in der Wirtschaft der DDR. Es traten größere Schwierigkeiten auf. Das führte zu Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung und auch einem Teil der Arbeiter. ...

Die imperialistischen Kräfte ... beschlossen ..., kurzfristig einen konterrevolutionären Putsch gegen die DDR auszulösen. ... Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin aus massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren, in Berlin und einigen Orten der Republik einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten. In Berlin und einigen anderen Städten plünderten Gruppen von Provokateuren und Kriminel-

len. Sie legten Brände, rissen Transparente herunter, mißhandelten und ermordeten Funktionäre der Arbeiterbewegung, holten verurteilte Kriminelle aus Gefängnissen und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauern-Macht. Doch der junge sozialistische Staat bestand unter der Führung der Partei auch diese Belastungsprobe. Die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bevölkerung stand zu ihrem Staat. In zahlreichen Großbetrieben, wie im Eisenhüttenkombinat Ost, in den Eisenwerken West (Calbe), im Bergbau und im Stahl- und Walzwerk Brandenburg, wiesen die Arbeiter die Provokateure entschieden zurück. Zum Schutze des sozialistischen Aufbaus entstanden in Betrieben Arbeiterwehren, aus denen in der Folgezeit die bewaffneten Kampfgruppen der Arbeiterklasse hervorgingen. Als sie die Hintergründe des konterrevolutionären Putsches erkannten, distanzierten sich viele Teilnehmer von ihm. Sie kehrten in die Betriebe zurück und halfen vielerorts bei der Festnahme der Provokateure. Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen. Der Versuch, die DDR und den Sozialismus auf deutschem Boden gewaltsam zu beseitigen, war gescheitert.“

(Geschichte. Lehrbuch für Klasse 10. Teil 1. Berlin: Volk u. Wissen, 1972, S. 169 f.)



Faschistische Provokateure strecken am 17. Juni 1953 das HO-Warenhaus am Potsdamer Platz in Berlin in Brand, um den Putsch zu schüren

Hetzschriften Kriegs- und Boykothetze gegen die DDR und die Sowjetunion zu bereiten. Sie war im Besitz eines Funkgerätes, von Sprengstoffen und teilweise bewaffnet. Von ihr wurde ein Attentat auf eine führende Persönlichkeit aus einer Volkspublik geplant und vorbereitet. Die Agenten hatten ferner den Auftrag, für den Fall eines Krieges „militärische Stützpunkte“ zu bilden. Andere Banden hatten den Auftrag, Anschläge auf Brücken, Schienen, Autobahnen und Eisenbahnlinien zu organisieren.

Im VEB Carl Zeiss Jena wurde im März 1953 eine Gruppe von Agenten verhaftet, die Patente und Erfindungen in die BRD verschoben und systematisch die Abwerbung von Spezialisten organisiert hatte.

Die DDR erlitt schon in dieser Zeit große materielle Verluste, verursacht durch Warenschiebungen, Währungsspekulationen und Abwerbung von Fachkräften. Über die imperialistischen Rundfunkstationen drang täglich die antikommunistische Hetze in die DDR, die die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins erschwerte. Ein beachtlicher Teil von Bürgern erkannte deshalb nicht, daß die Opfer und Entbehrungen beim Aufbau des Sozialismus nicht dem Wesen der neuen Gesellschaftsordnung entsprangen, sondern in Wirklichkeit auf das Konto des zerschlagenen faschistischen Imperialismus und der Störaktionen des wiedererstandenen Imperialismus in der BRD kamen.

Unter dem Einfluß des politischen, ökonomischen und ideologischen Drucks des Imperialismus verstärkten sich in der ersten Hälfte des Jahres 1953 Störungen in der Wirtschaft der DDR. Es traten größere Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung auf. Das führte zu Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung und auch einem Teil der Arbeiter.

Beschlüsse des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni und des Ministerrats vom 11. Juni 1953 legten politische und ökonomische Maßnahmen fest, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Im Zusammenhang mit Plankorrekturen über das Entwicklungstempo der Schwerindustrie wurden Maßnahmen zur schnelleren Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und Einzelhändler getroffen.

Die imperialistischen Kräfte fürchteten aber die Festigung der Lage in der DDR, weil dadurch ihre Chancen, gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht Unruhen zu erzeugen, geringer wurden. Sie beschlossen deshalb, kurzfristig einen konterrevolutionären Putsch gegen die DDR auszulösen (siehe S. 149 f.). Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin aus massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR einge-

Geschichte. Lehrbuch für Klassen 10. Teil 1. Berlin (Ost) 1972

Dokument 14

Unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 bekennen sich Werktätige offen zu ihrem Staat



Leistungen. Auch das Bündnis mit den Bauern zu sprengen, gelang nicht. Nur 270 der 4800 LPG, zumeist die ökonomisch schwächsten, zerfielen in den Monaten vom Juni bis zum September. Weder der Generalstreik noch ein „Volksaufstand“ fanden statt.

In den folgenden Tagen und Monaten erklärten Betriebsbelegschaften sowie Einwohner Berlins und der Bezirksstädte auf Kundgebungen und in Resolutionen ihre Treue zum sozialistischen deutschen Staat. Von großem Gewicht war, daß die Partei der Arbeiterklasse und die Machtorgane des sozialistischen Staates in der DDR durch den Versuch einer Konterrevolution nicht erschüttert werden konnten.

» Widerlegen Sie die Behauptung der imperialistischen Massenmedien, der 17. Juni wäre ein „Volksaufstand“ gewesen!



Anna Seghers diskutiert Ende Juni mit Bauarbeitern Berlins über die Ereignisse am 17. Juni

Aus: Geschichte. Lehrbuch für Klasse 10. Berlin (Ost) 1989

„Am 12. Juni erteilten Konzernbeauftragte Order, an den Börsen der BRD die ohnehin widerrechtlich gehandelten Aktien der in der sowjetischen Besatzungszone enteigneten Betriebe aufzukaufen. Sie rechneten also damit, die Volkseigenen Betriebe umgehend wieder in ihre Hände zu bekommen.

Um die Aktionen des 'Tages X' an Ort und Stelle zu leiten begaben sich der Chef der CIA der USA, Allan Dulles, der Stabschef der US-Army, General Ridgway, sowie ein Staatssekretär des Bundeskanzleramtes der BRD nach Berlin (West). Der Bundesgrenzschutz wurde alarmiert, und in Bayern bezogen amerikanische Panzer ihre Bereitstellungsräume an der Staatsgrenze. Seit dem frühen Morgen des 17. Juni sendete der RIAS

Aufrufe zum Generalstreik in der DDR. Führende BRD-Politiker eilten in die 'Frontstadt'.

Der Putsch scheiterte. Am 17. Juni 1953 legten etwa fünf Prozent der Berufstätigen der DDR, beginnend mit Berliner Bauarbeitern, die Arbeit nieder. (Dabei muß vermerkt werden, daß sich unter diesen Bauarbeitern zahlreiche Hilfskräfte befanden, die ehemalige Nazis waren und früher völlig andere Funktionen innehatten.) In 272 von den zirka 10 000 Gemeinden gab es Zusammenrottungen und Straßendemonstrationen. Eingeschleuste Provokateure und Angehörige staatsfeindlicher Gruppen stellten sich an die Spitze Unzufriedener, wiegelten zum Sturz der Regierung auf, besudelten und vernichteten Symbole unseres Staates und der Arbeiterbewegung, mißhandelten und ermordeten Funktionäre sowie klassenbewußte Arbeiter. Sie drangen in Dienststellen ein und erstürmten Gefängnisse. In Halle 'befreite' eine aufgeputschte Meute die ehemalige SS-Aufseherin des Frauen-KZ Ravensbrück, Erna Dorn, aus dem Zuchthaus.

Doch das Kräfteverhältnis ließ es nicht mehr zu, den Sozialismus in der DDR zu beseitigen. Bereits ihr erstes Ziel, ein Generalstreik als Ausgangspunkt zu weiterführenden Aktionen, erreichte die Konterrevolution nicht. Die Bürger der DDR begriffen zunehmend, was sich tatsächlich abspielte. Die übergroße Mehrheit der Arbeiter und Angestellten legte die Arbeit nicht nieder. Die meisten Streikenden nahmen sie sofort wieder auf, als sie erkannten, daß es nicht um Normen und Preise, sondern um die Arbeiter-und-Bauern-Regierung ging. Sie distanzierten sich von den Putschisten. Es zeugte vom Vertrauen in die Macht der Arbeiter und Bauern, daß in den meisten Betrieben die Provokateure auf energischen, von den Parteiorganisationen der SED geführten Widerstand der Belegschaft stießen. Vielerorts formierten sich Arbeiterwehren, aus denen die Partei Kampfgruppen der Arbeiterklasse bildete.

...
An der Niederlage des Umsturzversuches hatten Truppen der Sowjetarmee wesentlichen Anteil. Ihr Eingreifen auf der Grundlage der Verpflichtungen zur Kontrolle der Einhaltung des Potsdamer Abkommens unterband größere blutige Auseinandersetzungen und stellte klar, daß die UdSSR eine ausländische Intervention nicht zuließ. Entschlossen verteidigten die bewaffneten Organe der DDR die sozialistische Revolution.“

„Der 17. Juni 1953 im EKO

Provokateure bedrohen das Werk, hetzen zum Streik auf! Im Nu sitzen die FDJ-Mitglieder auf ihren Fahrrädern, rasen geradewegs zu ihrer Kreisleitung, melden sich zum Einsatz. Sie werden gebraucht, als Agitatoren eingesetzt. Mit Wut im Herzen, aber besonnen treten sie den Putschisten entgegen. 'Bald erwies sich, wir hatten die stärkeren Argumente. Viele, die den Provokateuren nachgelaufen waren, wußten gar nicht so recht, was sie wollten', erinnert sich Genosse Hörhold. Wo Worte nicht fruchteten, wird die Alternative unmißverständlich ausgesprochen: 'Wer die Treppe zur Abstichbühne hoch

kommt, fliegt in die Eisenpfanne. Bei uns nicht, Herrschaften! Wenn ihr's wagt, landet ihr im glühenden Eisen.' Das kühlt die Hitzköpfe ab. Wachsamkeit bleibt weiterhin geboten. Die Nacht über kampiert auch Helmut Hörhold auf Matratzen zwischen den Baracken, mit Knüppeln bewaffnet, immer auf dem Sprung. Tags darauf gehen sie wie sie sind zur Frühschicht. Die Öfen haben ohne Unterbrechung weiterarbeiten können. Nur für die Feinde ist der Ofen aus.“

„Warum gelang es der Konterrevolution, am 17. Juni 1953 in der DDR einen Putsch zu inszenieren?

Widerlegen Sie die Behauptung der imperialistischen Massenmedien, der 17. Juni wäre ein 'Volksaufstand' gewesen!“

(Geschichte. Lehrbuch für Klasse 10. Berlin: Volk u. Wissen, 1989, S. 64 ff.)

Westdeutsche Schulbuchproduktion, über die Länder und Schulformen mit einer Vielzahl von Publikationen in immer neuen überarbeiteten Auflagen verteilt, war mit den 1956 von der ständigen Konferenz der Kultusminister verabschiedeten ‚Empfehlungen zur Ostkunde‘ gehalten, Sowjetexpansionismus auch mit den Mitteln der Geschichtserzählung zu begegnen. „Das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen der Deutschen muß den Aufgaben gerecht werden, vor die unser Volk durch den Einbruch des Sowjetsystems in Mitteleuropa, durch die Spaltung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen, unter dem Einfluß des Sowjetsystems geratenen Teil gestellt worden ist.“ (Vgl. *Ostkunde an Schulen und Hochschulen* 1956). Für die Darstellung und Typologisierung des „ostzonalen“ Systems galt, seit 1962 mit kultusministerieller Empfehlung, die Totalitarismuskonzeption. Die Ost-West-Konfrontation wurde auch im Geschichtsbuch durchgängig bestimmend. Positionen in der Debatte um politische Bildung, die statt Ausbildung von politischer Systemloyalität stärker die von kritischem Bürgergeist betonten und sich in einer Phase deutsch-deutscher Annäherung gegenüber dem ostdeutschen Staat zurücknahmen, wirkten sich auch auf das Schulbuch aus, ein Umstand, dem der Beschluss der Kultusministerkonferenz zur „Behandlung der deutschen Frage im Unterricht“ im November 1978 mit Verweis auf das Wiedervereinigungsgebot und die Bedeutung ostdeutscher Geschichte zu begegnen suchte.

Die Ereignisse des 17. Juni 1953, ausgelöst durch die Ankündigung von Regierungsmaßnahmen, mit denen gleich zu Beginn des „sozialistischen Aufbaus“ bei unvorhergesehener Finanznot Einschränkungen sozialer Leistungen und Mehrarbeit ohne Lohnausgleich anzustehen drohten, wurden unter den Begriffen „Unruhen“, „Protest“, „Arbeiter-“ und „Volksaufstand“ zum Symbol deutscher Teilung und kommunistischer

Gewaltherrschaft. Seine durchaus auch aussparende Darstellung überlagert seit den 1960er Jahren dann gemeinsam mit dem Mauerbau am 13. August 1961 selbst in den Lehrmaterialien für den Geschichtsunterricht der Sekundarstufe auf lange Zeit weithin alles, was den Schülern ansonsten an historischer Information über das Gebiet der DDR und seine „Bewohner“ auf den Weg gegeben wurde. Gesucht wurde weniger die Analyse des historischen Vorgangs, als die mit ihm mögliche Kennzeichnung des ostdeutschen politischen Systems. Für die Schulbücher der Hauptschule ist diese Gewichtung des 17. Juni im Fokus von „Unterdrückung, Verfolgung, Verhaftung, Verurteilung“ bis heute kennzeichnend geblieben (vgl. JACOBMEYER 1998).

Dokument 15

„Der 17. Juni 1953

Mit Macht betrieben die sowjetische Besatzungsmacht und die kommunistische Regierung der Sowjetzone den kommunistischen Aufbau in ihrem Gebiet. Aber Jahr für Jahr entzogen sich viele Tausende durch Flucht in die Bundesrepublik dieser Herrschaft: 1950: 198 000; 1951: 166 000; 1952: 182 000.

Ende Mai 1953 beschlossen die SED und die Regierung die Erhöhung der Arbeitsnormen, die von den Arbeitern in den Betrieben täglich zu leisten waren, um 10 % bei gleichbleibendem Lohn. Die Arbeiter protestierten, und die Regierung sah sich zunächst genötigt, die von ihr angekündigten Maßnahmen zu widerrufen. Die Zeitungsmeldungen brachten dann aber wieder andere Erklärungen.

Am 16. Juni zog ein Demonstrationszug von Bauarbeitern von der Ost-Berliner Stalinallee zum Haus der Ministerien. Sie forderten Auskunft, ob die Regierung auf der Erhöhung der Arbeitsnormen bestehe oder nicht. Aber sie erhielten wieder nur unklare und widersprechende Auskünfte.

Am folgenden Tag, dem 17. Juni 1953, kam es zu Massenkundgebungen am Haus der Ministerien in der Leipziger Straße, auf dem Potsdamer Platz und Unter den Linden. Schließlich waren über 50 000 Berliner auf dem großen freien Platz des Lustgartens versammelt.

Inzwischen hatte die Regierung die Hilfe der Besatzungsmacht angerufen. Kommunistische Propagandasäulen, aufgestellte Transparente, Zonengrenzschilder und Baracken der Volkspolizei waren angezündet und zerstört worden. Vom Brandenburger Tor hatte ein junger Arbeiter die rote Fahne heruntergeholt. Sie war im Nu in hundert Stücke zerrissen. Am Potsdamer Platz war das große ‚Haus Vaterland‘ in Flammen aufgegangen. Nun rasselten sowjetrussische Panzer heran. Sie suchten die aufgebrachte Menge zu zerteilen und in Seitenstraßen abzudrängen. Mit Steinen, Holzstücken und Eisenträgern gingen die Berliner gegen sie los. Um 13 Uhr wurde vom sowjetischen Stadtkommandanten der Ausnahmezustand in Ost-Berlin verhängt. Am Abend war der Aufruhr gedämpft

und niedergeschlagen. Doch er war inzwischen auf das gesamte mitteldeutsche Industriegebiet übergesprungen. In 272 Orten, besonders in Bitterfeld, Leipzig, Halle, Merseburg, Magdeburg, Brandenburg und Görlitz hatte sich die Bevölkerung erhoben. Aller Welt wurde damit offenbar, daß die Herrschaft der SED-Regierung eine Zwangsherrschaft war, die sich nur auf die Panzer und Gewehre der Besatzungsmacht stützte.

Nach der Niederschlagung des *mitteldeutschen Aufstandes* setzte eine verstärkte Flucht von Sowjetzonenbewohnern in die Bundesrepublik ein. Das Jahr 1953 verzeichnete mit über 330 000 Flüchtlingen einen traurigen Rekord in der Flucht deutscher Menschen von Deutschland nach Deutschland.

Überlegt, warum wir alljährlich den 17. Juni als Tag der deutschen Einheit begehen! Es ist kein Tag für lustige Vergnügungen und Autofahrten, sondern ein sehr ernster Tag der Besinnung.“

(Die Reise in die Vergangenheit. Geschichtliches Arbeitsbuch, Band IV.
Braunschweig: Westermann, 1961, S. 262 f.)

Dokument 16

„Nach dem Vorbild Rußlands sollte in der Zone auch die Wirtschaft verstaatlicht werden. Durch diese Umstellung der bisher privaten Betriebe in 'volkseigene Staatsbetriebe' wurden viele Menschen ihres ehrlich erarbeiteten Eigentums beraubt. Ebenfalls nach dem Vorbild der UdSSR wurde bereits im Sommer 1945 eine Bodenreform durchgeführt. Dabei enteignete man die großen Besitztümer und teilte sie in eine Vielzahl von wirtschaftlich kaum lebensfähigen Kleinbetrieben auf. Seit 1952 begann die Regierung der sogenannten DDR die Landwirtschaftsbetriebe nach dem Vorbild der Kolchosen zu 'Produktionsgemeinschaften' zusammenzufassen. Auch darauf antworteten viele Menschen mit der Flucht aus dem Land, in dem sie den Boden ihrer Väter nicht mehr frei bearbeiten konnten.

Für alle Welt sichtbar protestierten die Werktätigen des 'Arbeiter- und Bauernstaates' am 17. Juni 1953 gegen die auferlegten politischen und wirtschaftlichen Normen. Die Verzweiflung der Menschen machte sich in einem Aufstand Luft, der von Ostberlin ausging und die gesamte Zone ergriff. Nur unter Einsatz russischer Panzer konnte die von der Sowjetunion eingesetzte Regierung ihre Stellung behaupteten. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Wieder einmal zeigte sich, daß die Reden von Freiheit und Demokratie nichts als Schall und Rauch waren.

Von dieser Zeit an wurden die Menschen Mitteldeutschlands immer mehr von der freien Welt abgeschnürt. Der 'Eiserne Vorhang' wurde immer dichter. Die Flucht in den freien Westen war nur noch unter Lebensgefahr möglich. ...“

(Geschichte für die Hauptschule. Ausg. Nordrhein-Westfalen. 8./9. Schuljahr. 2.
Aufl. Donauwörth: Auer, 1970, S. 112 f.)

von der Flucht in den Westen abzuhalten. Ein Metallarbeiter verdiente beispielsweise 1951 durchschnittlich im Monat 285 Mark, ein Sozialrentner hatte nur 90 Mark zur Verfügung. Dagegen konnten Angehörige der „fortschrittlichen Intelligenz“ und Spezialisten 4 000 Mark oder sogar mehr verdienen. „Aktivisten“, „Helden der Arbeit“, „Meisterbauern“, „verdiente Wissenschaftler des Volkes“ bekamen Sonderprämien und Vergünstigungen bei der Wohnungszuteilung und beim Urlaub.

Der 17. Juni 1953

Die wichtigsten Ursachen des ersten großen Arbeiteraufstandes im Ostblock lagen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialpolitischen Maßnahmen der SED. Denn die Startbedingungen der DDR waren viel schlechter als die der Bundesrepublik. Die von der Sowjetunion für ganz Deutschland geforderte Reparationssumme von 10 Milliarden Dollar mußte die DDR praktisch allein aufbringen. Da bis in die 50er Jahre hinein noch die Reparationslieferungen andauerten und der Aufbau der Schwerindustrie Vorrang hatte, verbesserte sich die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern kaum.

Angesichts der Fluchtbewegung und der verheerenden Versorgungslage hatte die Regierung im Juni 1953 schließlich politische und wirtschaftliche Erleichterungen versprochen. Kredite für Privatbetriebe, Verzicht auf Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Steuerrückständen wurden angekündigt, geflohene Bauern erhielten das Angebot, auf ihre Höfe zurückzukehren, und die Zwangsmaßnahmen gegen mißliebige Oberschüler und Studenten sollten aufgehoben werden. Für die Arbeiterschaft jedoch, die im Verständnis der SED die „führende Klasse“ war, blieb der im Mai 1953 gefaßte Beschluß: Ihre Arbeitsnormen sollten um 100 Prozent heraufgesetzt werden. Empört über diese verordnete Erhöhung der Arbeitsleistung und indirekte Lohnkürzung begannen am 16. Juni Bauarbeiter in Berlin (Ost) auf der Straße zu demonstrieren; eine wirksame Interessenvertretung hatten die Arbeiter nicht mehr, denn die Betriebsräte waren seit 1948 abgeschafft und die im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zentral zusammengeschlossenen Gewerkschaften verstanden sich – genau wie es die stalinistische Ideologie vorsah – als reine Erfüllungsgehilfen der SED. Am 17. Juni weiteten sich die Demonstrationen auf Forderungen nach besseren Lebensbedingungen und nach mehr Mitbestimmung aus. In fast allen Städten nahm die allgemeine Streikbewegung Formen einer offenen Revolte an. Sie richtete sich gegen die autoritäre Parteiführung, nicht aber gegen die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Parteizentralen der SED wurden

Bekanntmachung

Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung sind von faschistischen und anderen reaktionären Elementen in Westberlin mit Provokationen und anderen Störungen der Ordnung in demokratischer Sache kommentiert worden. Diese Provokationen sollen die Herstellung der Einheit Deutschlands erschweren.

Der Ruf für die Arbeitsentfaltung der Bauarbeiter in Berlin ist durch die gestrigen Beschuldigungen in der Menschheit festgehalten.

Die Ursachen, zu denen es danach gekommen ist, sind das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen. Diese Kräfte sind mit der demokratischen Macht in der Deutschen Demokratischen Republik, die die Verbesserung der Lage der Bevölkerung organisiert, unversöhnt.

Die Regierung fordert die Bevölkerung auf:

1. Die Maßnahmen zur sofortigen Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt zu unterstützen und die Bedingungen für eine normale und ruhige Arbeit in den Betrieben zu schaffen.
2. Die Schuldigen an den Unruhen werden vor Rechenhaftigkeit gezogen und streng bestraft. Die Arbeiter und alle ehrlichen Bürger werden aufgefordert, die Provokationen zu ergreifen und des Streikorgans zu übergeben.
3. Es ist notwendig, daß die Arbeiter und die technische Intelligenz in Zusammenarbeit mit den Machtkörnern selbst die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Arbeiterkampfes ergreifen.

DER REGIERUNG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Otte Grottel
Ministerpräsident

Erklärung der Regierung der DDR am 17. Juni 1953

besetzt, politische Gefangene befreit und der Rücktritt der Regierung Ulbricht gefordert. Durch sowjetische Panzer ließ die Regierung am Nachmittag dieses Tages den Aufstand niederschlagen und die „Ruhe und Ordnung“ wiederherstellen. Wie wenig die SED-Führung den Charakter des Aufstandes begriffen hatte, zeigte sich darin, daß der 17. Juni als vom Westen gesteuert faschistischer Putschversuch dargestellt wurde. Das politische Führungspersonal mit Walter Ulbricht an der Spitze blieb. Die SED-Führung zog aber aus dem Aufstand zumindest die Lehre, in Zukunft das Entwicklungstempo zu verlangsamen. Nach dem 17. Juni wurde der „Neue Kurs“ mit politischen Lockerungen und wirtschaftlichen Zugeständnissen konsequent durchgeführt. Zugleich sorgte Ulbricht durch „Säuberungen“ im Partei-, Staats- und

Geschichtsbuch, Band 4. Berlin (West) 1988

„Der 17. Juni 1953

Die wichtigsten Ursachen des ersten großen Arbeiteraufstandes im Ostblock lagen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialpolitischen Maßnahmen der SED. Denn die Startbedingungen der DDR waren viel schlechter als die der Bundesrepublik. Die von der Sowjetunion für ganz Deutschland geforderte Reparationssumme von 10 Milliarden Dollar mußte die DDR praktisch allein aufbringen. Da bis in die 50er Jahre hinein noch die Reparationslieferungen andauerten und der Aufbau der Schwerindustrie Vorrang hatte, verbesserte sich die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern kaum.

Angesichts der Fluchtbewegung und der verheerenden Versorgungslage hatte die Regierung im Juni 1953 schließlich politische und wirtschaftliche Erleichterungen versprochen. Kredite für Privatbetriebe, Verzicht auf Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Steuerrückständen wurden angekündigt, geflohene Bauern erhielten das Angebot, auf ihre Höfe zurückzukehren, und die Zwangsmaßnahmen gegen mißliebige Oberschüler und Studenten sollten aufgehoben werden. Für die Arbeiterschaft jedoch, die im Verständnis der SED die „führende Klasse“ war, blieb der

im Mai 1953 gefaßte Beschluß: Ihre Arbeitsnormen sollten um 100 Prozent heraufgesetzt werden. Empört über diese verordnete Erhöhung der Arbeitsleistung und indirekte Lohnkürzung begannen am 16. Juni Bauarbeiter in Berlin (Ost) auf der Straße zu demonstrieren; eine wirksame Interessenvertretung hatten die Arbeiter nicht mehr, denn die Betriebsräte waren seit 1948 abgeschafft und die im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zentral zusammengeschlossenen Gewerkschaften verstanden sich – genau wie es die stalinistische Ideologie vorsah – als reine Erfüllungsgehilfen der SED. Am 17. Juni weiteten sich die Demonstrationen auf Forderungen nach besseren Lebensbedingungen und nach mehr Mitbestimmung aus. In fast allen Städten nahm die allgemeine Streikbewegung Formen einer offenen Revolte an. Sie richtete sich gegen die autoritäre Parteiführung, nicht aber gegen die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Parteizentralen der SED wurden besetzt, politische Gefangene befreit und der Rücktritt der Regierung Ulbricht gefordert. Durch sowjetische Panzer ließ die Regierung am Nachmittag dieses Tages den Aufstand niederschlagen und die ‚Ruhe und Ordnung‘ wiederherstellen. Wie wenig die SED-Führung den Charakter des Aufstandes begriffen hatte, zeigte sich darin, daß der 17. Juni als vom Westen gesteuerter faschistischer Putschversuch dargestellt wurde.

Das politische Führungspersonal mit Walter Ulbricht an der Spitze blieb. Die SED-Führung zog aber aus dem Aufstand zumindest die Lehre, in Zukunft das Entwicklungstempo zu verlangsamen. Nach dem 17. Juni wurde der ‚Neue Kurs‘ mit politischen Lockerungen und wirtschaftlichen Zugeständnissen konsequent durchgeführt.“

(Geschichtsbuch. Ausg. A. Band 4. Berlin: Cornelsen 1988, S. 235)

Dokument 18

„Der Aufstand vom 17. Juni 1953

Der Tod Stalins im März 1953 hatte in der Sowjetunion vor allem das Gefühl der Ungewißheit hervorgerufen; denn mit dem Tod des alles beherrschenden Diktators kam zwangsläufig der Gedanke an Eröffnung neuer politischer Möglichkeiten auf, an die sich ebenso viele Hoffnungen wie neue Ängste knüpften. Die Macht übernahm zunächst eine ‚Troika‘, als deren starker Mann Berija galt. Er war ein Gegner des strikt stalinistischen Kurses, den Ulbricht in der DDR verfolgte. Das rief nun die Gegner, die der Ulbricht-Kurs auch in der SED hatte, auf den Plan: Richtungskämpfe zeichneten sich ab, Kämpfe, in denen Walter Ulbricht sich letztlich als der erfolgreichere Taktiker erwies.



Zeiten und Menschen. Band 4.
Paderborn 1989

Er mußte es hinnehmen, daß die Vorbereitungen zur Feier seines 60. Geburtstages (30 Juni 1953), den er noch ganz im Sinne des stalinistischen Personenkultes hatte begehen lassen wollen, von der Sowjetunion unterbunden wurden. Diese und andere Maßnahmen der Sowjetunion, wie die Forderung nach einem 'neuen Kurs' zugunsten der Konsumgüterindustrie, die Rückgabe beschlagnahmter Betriebe an die DDR und Kürzung der Reparationsforderungen, ermunterten SED-Politiker wie Zaisser, Herrstadt, Ackermann u. a., offen einen neuen, gegen Ulbricht gerichteten Kurs zu propagieren. Dies wiederum erweckte Hoffnungen in der Bevölkerung. Ulbricht dagegen hatte schon Ende Mai, weil der Staat sich in

einer schweren Finanzkrise befand (hochsubventionierte Sozialleistungen und riesige Investitionskosten für Verkehr und Schwerindustrie), eine Erhöhung der Arbeitsnormen verkündet, die die Grundlage für die Berechnung der auszuzahlenden Löhne waren. Die Normen waren bislang sehr niedrig gewesen, konnten leicht 'übererfüllt' werden, aber auf die Zuschläge für diese Mehrarbeit waren die Arbeiter angesichts des sehr niedrigen Lohnniveaus auch angewiesen. Aufgrund dieser drastischen Normenerhöhung verlor z. B. ein Bauarbeiter im Einzelfall mehr als die Hälfte seines Wochenlohnes; der durchschnittliche Lohnverlust hätte, bei gleichbleibender Arbeitsanstrengung, 30 % betragen.

Am 16. Juni 1953 wurde in der Presse unmißverständlich die strikte Durchführung angekündigt. Noch am selben Tag begannen einige hundert Bauarbeiter in Ost-Berlin mit einer Demonstration gegen diese Normenerhöhung. Mit der Zahl der Teilnehmer – am Nachmittag bereits etwa 10 000 – wuchs deren Erregung. Die Beschwichtigungsversuche der wenigen höheren Funktionäre, die sich den Arbeitern stellten, waren vergeblich – auch die Ankündigung, die Normenerhöhung solle rückgängig gemacht werden, konnte nicht mehr beruhigen.

Der Westberliner Sender Rias trug die Nachricht in alle Gebiete der DDR. Für den 17. Juni hatten die Arbeiter allgemein zu Streiks und Demonstrationen aufgerufen; nun wurden auch der Rücktritt der Regierung und freie Wahlen verlangt, die Forderungen hatten sich also in

den Bereich des Politischen erweitert. Die Arbeiter stellten die Mehrzahl der Demonstranten, nach westlichen Schätzungen beteiligten sich knapp 7 % der Industriearbeiter an Streiks und Demonstrationen (Staritz). Intelligenz und Mittelschichten nahmen kaum teil; sie hofften auf den 'neuen Kurs'. Nach DDR Angaben kam es in 272 Orten zu aufrührerlichen Erscheinungen mit (nach westlichen Schätzungen) etwa 370 000 Teilnehmern, davon 10 000 in Ost-Berlin – hier allerdings mit vielen Westberlinern.

Am Nachmittag des 17. Juni wurde der Ausnahmezustand verkündet, die hilflose SED-Führung, die ihr Leben in Gefahr sah, rief sowjetische Panzer zu Hilfe. Diese retteten sie und ihr Regime. Mindestens 21 Menschen kostete der Aufstand das Leben, später kamen noch 6 Todesurteile dazu – unter insgesamt 1 300 Verurteilungen zu teilweise sehr hohen Strafen.

Der Westen griff nicht ein – trotz seiner 'Roll-back-Policy' – die Sowjetunion hatte sich als unentbehrliche Schutzmacht der kommunistischen Führung erwiesen. In Westdeutschland wurde der 17. Juni als 'Tag der deutschen Einheit' zum Nationalfeiertag erklärt. In der DDR wurden einige Sozialleistungen erhöht: Die Altersrente auf 75 Mark monatlich, die Witwenrente auf 65 Mark. Von Normenerhöhungen wurde zunächst nicht mehr gesprochen. Ulbricht ging aus den Ereignissen gestärkt hervor. Er konnte seine innerparteilichen Gegner ausschalten und in der DDR die Propagandalüge verbreiten, es habe sich beim Aufstand des 17. Juni nur um eine Aktion 'faschistischer Provokateure' aus dem Westen gehandelt, mit deren Niederschlagung Partei und Sowjetmacht den Sozialismus, Frieden und Freiheit gerettet hätten.

Die Folgen des 17. Juni

So bitter das Ende des Aufstandes auch war, so wenig blieb es ohne Folgen. Diese Folgen waren freilich sehr gegensätzlich. Auf indirektem Wege hat der Aufstand auch einiges von dem erreicht, was als Forderung an seinem Anfang gestanden hatte: Die SED-Führung sah ein, daß der harte Kurs beim 'Aufbau des Sozialismus' gemäßigt werden mußte. In der Folge bemühte sich die SED, mit Hilfe der Sowjetunion vor allem die Ernährungssituation der Bevölkerung, aber auch die Versorgung mit Konsumgütern zu verbessern. Gleichzeitig wurde aber der Terror willkürlicher Gerichtsverfahren verschärft, nicht zuletzt in der Verfolgung und Aburteilung der Beteiligten am Aufstand des 17. Juni. Die ideologische Indoktrinierung wurde ebenso verstärkt wie die Reglementierung von Wissenschaft und Kunst. Vor allem aber wurde die Abgrenzungspropaganda gegenüber dem Westen systematisch gesteigert. Auf der Seite der Sowjetunion und ihrer Freunde herrschten gemäß dieser Propaganda nur Friedenswillen, Völkerfreundschaft und glückverheißende Zukunftsperspektiven, auf der Seite des Westens hingegen nur imperialistische Kriegstreiberei, Haß, und vor allem Faschismus.

In der Bevölkerung der DDR zeigte sich nach dem 17. Juni ein hohes Maß von politischer Resignation und gesellschaftlicher Anpassung. Die langsame Verbesserung der Verhältnisse gab bescheidene Hoffnung, die

Anpassung gab relative gesellschaftliche Sicherheit. Die fortwährende Indoktrination zeitigte Früchte, namentlich bei der Jugend. Linientreue verhiess Karriere; Einbettung und Aufgehobensein des Regimeanhängers in Gruppen sozialistischer Solidarität zeigten Wirkung.“

(Zeiten und Menschen. Ausg. K 4/II: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft von 1945 bis zur Gegenwart. Paderborn: Schöningh, 1989, S. 110 f.)

Dokument 19

„Der 17. Juni 1953: Volksaufstand oder 'Konterrevolution'“

Am 17. Juni 1953 brach in der DDR spontan ein Aufstand aus. Über 500 000 Menschen an nahezu 400 Orten beteiligten sich an Streiks, mehr als 400 000 an Demonstrationen. Wie kam es zu diesem Aufstand und welche Forderungen erhob die protestierende Bevölkerung?

Ursachen der Unruhe – Unter der Parole 'Aufbau des Sozialismus' hatte die SED seit 1952 die politische und wirtschaftliche Umgestaltung der DDR erzwungen. Die ehrgeizigen Ziele zum Aufbau der Schwerindustrie hatten einen anhaltenden Mangel an Konsumgütern sowie steigende Preise zur Folge. Auch die Zwangsmaßnahmen gegen Bauern und selbständige Gewerbetreibende, die die Kollektivierung (= Übergang von der privaten zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung) ablehnten, trugen zur Verschlechterung der Stimmung bei. Sichtbarer Ausdruck waren die Flüchtlingszahlen: Allein 1952 verließen 182 000 Menschen die DDR.

Nach Stalins Tod im März 1953 forderte die neue Moskauer Führung daher von der Staatsführung der DDR eine realistischere Einschätzung sowie einen 'Neuen Kurs' in Politik und Wirtschaft. Insbesondere sollte sie größere Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nehmen. Die SED-Führung gestand zwar Fehler ein und stellte eine bessere

10. Der 17. Juni 1953: Volksaufstand oder „Konterrevolution“?

Am 17. Juni 1953 brach in der DDR spontan ein Aufstand aus. Über 500 000 Menschen an nahezu 400 Orten beteiligten sich an Streiks, mehr als 400 000 an Demonstrationen. Wie kam es zu diesem Aufstand und welche Forderungen erhob die protestierende Bevölkerung?

Ursachen der Unruhe – Unter der Parole 'Aufbau des Sozialismus' hatte die SED seit 1952 die politische und wirtschaftliche Umgestaltung der DDR erzwungen. Die ehrgeizigen Ziele zum Aufbau der Schwerindustrie hatten einen anhaltenden Mangel an Konsumgütern sowie steigende Preise zur Folge. Auch die Zwangsmaßnahmen gegen Bauern und selbständige Gewerbetreibende, die die Kollektivierung (= Übergang von der privaten zur

genossenschaftlichen Bewirtschaftung) ablehnten, trugen zur Verschlechterung der Stimmung bei. Sichtbarer Ausdruck waren die Flüchtlingszahlen: Allein 1952 verließen 182 000 Menschen die DDR. Nach Stalins Tod im März 1953 forderte die neue Moskauer Führung daher von der Staatsführung der DDR eine realistischere Einschätzung sowie einen 'Neuen Kurs' in Politik und Wirtschaft. Insbesondere sollte sie größere Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nehmen. Die SED-Führung gestand zwar Fehler ein und stellte eine bessere Konsumgüterversorgung in Aussicht; auch Preisreduzierungen wurden zurückgenommen. Aber gegenüber der Forderung der Arbeiter, die im Mai 1953 um 10% erhöhten Arbeitsnormen zu mindern, blieb die SED hart.



Demonstration Ost-berliner Arbeiter am Brandenburger Tor, 17. Juni 1953

Q1 Telegramm der Streikleitung in Bitterfeld an die DDR-Regierung:

1. Wir Werkstätten des Kreises Bitterfeld fordern von Ihnen:
1. Rücktritt der so genannten Deutschen Demokratischen Regierung, die sich durch Wahlmanöver an die Macht gebracht hat,
2. Bildung einer provisorischen Regierung aus den fortschrittlichen Werkstätten,
3. Zulassung sämtlicher großen demokratischen Parteien Westdeutschlands,
4. Freie, geheime, direkte Wahlen in vier Monaten,
5. Freilassung aller politischen Gefangenen ...
6. Sofortige Abschaffung der Zonen- und Zurückziehung der Vopo (Volkeigenschaft),
7. Sofortige Normalisierung des sozialen Lebensstandards,
8. Sofortige Auflösung der so genannten Nationalarmeen,
9. Keine Repressalien gegen Streikende ...

[Zitiert: Spiegel, 17. Juni 1953, Köln 1982, S. 152]

Verlauf des Aufstands: Am 16. Juni 1953 traten die Bauarbeiter des Projekts „Sozialistische Wohnkultur“ an der Stalinallee in Berlin in den Ausstand. Vor dem Haus der Ministerien demonstrierten sie gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen und damit gegen die Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Durch Kettene und westliche Medien wurde die Nachricht von dem Berliner Streik schnell verbreitet.



B2 Sowjetische Panzer gegen Demonstranten, Ostberlin, 17. Juni 1953

Geschichte plus. Berlin 2002

Konsumgüterversorgung in Aussicht; auch Preiserhöhungen wurden zurückgenommen. Aber gegenüber der Forderung der Arbeiter, die im Mai 1953 um 10 % erhöhten **Arbeitsnormen** zu mindern, blieb die SED hart.

Verlauf des Aufstands – Am 16. Juni 1953 traten die Bauarbeiter des Projekts 'Sozialistische Wohnkultur' an der Stalinallee in Berlin in den Ausstand. Vor dem Haus der Ministerien demonstrierten sie gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen und damit gegen die Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Durch **Kuriere** und westliche Medien wurde die Nachricht von dem Berliner Streik schnell verbreitet. Obwohl die überraschte SED-Führung nun die Normerhöhung zurücknahm, weitete sich der Streik innerhalb kurzer Zeit zu einer großen Protestwelle aus: An nahezu 400 Orten der DDR fanden Demonstrationen statt. Neben wirtschaftlichen und sozialpolitischen wurden auch **politische Forderungen** gestellt. Am Mittag des 17. Juni griffen sowjetische Truppen mit Panzern ein. In 160 Stadt- und Landkreisen wurde der Ausnahmezustand verhängt, Versammlungen waren verboten, es galt das Kriegsrecht. Nach wenigen Tagen war der Aufstand gewaltsam niedergeschlagen.

Folgen und Bewertung – Bei der Niederschlagung des Aufstands kamen mehr als 50 Menschen ums Leben; 3000 Demonstranten wurden von der Sowjetarmee und etwa 13 000 durch die DDR-Behörden festgenommen. Die SED brandmarkte die Ereignisse als 'faschistischen, konterrevolutionären Putsch'.

Um ihre Macht zu sichern, wurde nun der Überwachungsapparat, das **Ministerium für Staatssicherheit**, weiter ausgebaut. Die SED wurde rigoros von Kritikern 'gesäubert': Etwa 70 % der SED-Bezirks- und Kreissekretäre verloren ihre Ämter.“

(Geschichte plus. Ausg. Berlin. Klasse 10. Berlin: Volk u. Wissen, 2002, S. 68 f.)

Literatur

- BARTELS, H.-P.: Junge Presse. Geschichte eines jugendeigenen Verbandes 1952-1967. Marburg 1987.
- BRENNER, G.: Pressefreiheit und Schülerzeitungen. Mainz 1966.
- DIEDRICH, T.: Putsch – Volksaufstand – Arbeitererhebung? Zur Arbeitererhebung 1953 in der deutschen Geschichtsschreibung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 43 (1993), B25, S. 3-11.
- JACOBMEYER, W.: DDR-Geschichte im Hauptschulbuch der Bundesrepublik. In: BAUER-KÄMPER, A./SABROW, M./STÖVER, B. (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsche-deutsche Beziehungen 1945-1990. Bonn 1998, S. 168-178.
- LIEDTKE, M.: Schülerzeitungen. In: Ders. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens. Bd. 4. Bad Heilbrunn 1997, S. 300-317.
- MÄTZING, H. C.: Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR. Braunschweig 1999.
- NEUNER, G.: Den Hektor weiter durch den Sand schleifen? In: Unfrieden in Deutschland. Weißbuch. Bd. 3: Bildungswesen und Pädagogik im Beitrittsgebiet. Berlin 1994, S. 346-357.
- NIETHAMMER, L.: Analyse des Jahrgangs 61. In: Meinungen und Zeitungen 1962, Nr. 3, S. 10 f. Zit. nach BARTELS 1987, S. 32.
- Ostkunde an Schulen und Hochschulen. Empfehlungen der Konferenz der Kultusminister vom 13. Dezember 1956, Bonn. In: BORCHERDING, K.: Wege und Ziele politischer Bildung in Deutschland. München 1966, S. 839 ff.
- PERSCHEL, W.: Die Meinungsfreiheit des Schülers. Berlin 1962.
- SCHEIBE, W.: Schülermitverwaltung. Ihr pädagogischer Sinn und ihre Verwirklichung. Berlin 1959.

Geschichte im Schulbuch – Geschichte des Schulbuchs

Die Bibliothek des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung

Schulbücher, insbesondere Geschichtslehrbücher, sind wichtige Dokumente für das Selbstverständnis einer Gesellschaft und des jeweiligen Staates, in dem sie produziert werden. Sie spiegeln die Bewusstseinslage der überwiegenden Mehrheit einer Generation mit ihren Wahrnehmungen und Überzeugungen, mit ihren politischen Einsichten und Interpretationen wider, die sie der nachfolgenden Generation vermitteln möchte. Die Ausstellung zum 17. Juni 1953 in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung legt davon ein kleines, aber sehr lebendiges Zeugnis ab.

Die zwei das 20. Jahrhundert beherrschenden Sichtweisen von Politik, Gesellschaft, Staat und Geschichte sind in den beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg besonders augenfällig zu verfolgen, weil nirgendwo sonst – höchstens in den beiden koreanischen Staaten – ein Volk getrennt in politisch entgegengesetzten Systemen fast 50 Jahre sozusagen eine doppelte oder getrennte Geschichte erlebte. Schulbücher wiederum als politisch sanktionierte Lernvorgaben offenbaren die jeweiligen Interpretationsmuster in offenkundiger Weise, zumal hier der Extrakt der jeweiligen (wissenschaftlichen und politischen) Erkenntnisse in knapper, notwendig verkürzter und vereinfachter Weise den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden soll, auch mit dem Zweck, Loyalität gegenüber dem Staat zu bewirken.

Die Gefahr der hieraus möglichen Instrumentalisierung von Schulbüchern als politisches Werkzeug war für den Historiker und Hochschullehrer Georg Eckert der ausschlaggebende Beweggrund, das Internationale Schulbuchinstitut an der pädagogischen Hochschule in Braunschweig 1951 zu gründen. Dies geschah unter dem Eindruck einer durchgängig politisierten nationalsozialistischen Schulbuchgeneration, die in hohem Maße von Einseitigkeiten, Feindbildern, Stereotypen und Vorurteilen durchzogen gewesen war. Die neu zu entwickelnden Schulbücher in Westdeutschland sollten auf dem Boden des Grundgesetzes und damit auf der Grundlage von demokratischem Bewusstsein, allgemeinen Menschenrechten, Völkerverständigung und friedlichem Nebeneinander entwickelt werden. Das wissenschaftlich und politisch unabhängige Schulbuchinstitut unter Georg Eckert wollte diesen Prozess aktiv begleiten und unterstützen, wobei von Beginn an deutsche und europäische Lehrerverbände sowie die UNESCO als Partner zur Seite standen. Dass in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens insbesondere die

ehemaligen Erzfeinde Frankreich und Polen im Zentrum des Interesses standen, ist in vielen Veröffentlichungen dokumentiert bis hin zu gemeinsam erarbeiteten Schulbuchempfehlungen, deren Inhalte längst in den Schulbüchern Einzug gehalten haben. Das Institut, das nach dem Tode von Georg Eckert 1975 als selbständiges Forschungsinstitut auf eigene Füße gestellt wurde (überwiegend vom Bundesland Niedersachsen finanziert), war und ist noch heute immer im Gespräch mit anderen Ländern, um Inhalte und Deutungen zu diskutieren, Einseitigkeiten zu vermeiden, gegenseitige Lernprozesse mit Wissenschaftlern, Schulbuchautoren und Lehrern zu initiieren oder zu vermitteln, wobei bilaterale Projekte mit einzelnen Ländern immer mehr in den Hintergrund treten zugunsten länderübergreifender Thematiken. Hier ist insbesondere die Integration Europas zu nennen, die im Bildungsbereich intensive Bemühungen, auch ausgehend und mit Unterstützung des Europarats, in Gang gesetzt hat¹.

Das Schulbuch als Protagonist für Schulbuchforschung und Schulbuchentwicklung steht aus diesem Grunde im Zentrum der Sammeltätigkeit der Bibliothek. Die inzwischen ca. 180 000 Bände der Schulbuchsammlung aus über 100 Ländern der Erde erstrecken sich auf die Schulbücher der Fächer Geschichte, Geographie, Politik (früher Staatsbürgerkunde), Deutsch als Fremdsprache im Ausland, darüber hinaus für den deutschsprachigen Raum auf Lesebücher, einschließlich Fibeln. Außerdem bemüht sich die Bibliothek, die staatlichen Vorgaben in Form von Lehrplänen und Richtlinien zu dokumentieren.

Der Bestand wird, den aktuellen Anforderungen entsprechend, möglichst auf dem Laufenden gehalten. Das gilt insbesondere für Deutschland. Hier werden über die zugelassenen Lernmittel hinaus alle weiteren Unterrichtsmaterialien gesammelt, die im gesellschaftlichen Bereich erscheinen, wozu auch die „graue Literatur“ gehört, die außerhalb des Buchhandels, häufig von Lehrerfortbildungs- und anderen Bildungseinrichtungen, Museen, Kirchen, Gewerkschaften usw. herauskommt. Als „Schulbuchzentrum des Europarats“ versucht die Bibliothek, auch die neu erscheinenden Schulbücher der inzwischen 39 europäischen Länder gleichmäßig in der Anschaffung zu berücksichtigen. Die Bücher des au-

¹ Näheres über die Geschichte des Instituts und seine Arbeitsgebiete sowie seine Publikationen kann man der Webseite des Georg-Eckert-Instituts entnehmen: www.gei.de. Daraus geht auch hervor, dass in den 80er Jahren, koordiniert vom Georg-Eckert-Institut, eine umfassende Untersuchung über den Komplex „Deutschlandbild und Deutsche Frage in den historischen, geographischen und sozialwissenschaftlichen Unterrichtswerken der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 bis in die 80er Jahre“ durchgeführt wurde, von der eine Zusammenfassung als Band 43 in den 'Studien zur internationalen Schulbuchforschung' 1986 erschienen ist.

Bereuropäischen Auslands können nur entlang von aktuellen Projekten mit beschafft werden, so dass dieser Bestand sehr lückenhaft ist.

Solange die Bibliothek aktiv tätig ist für die Ergänzung der ständig neu herauskommenden Schulbücher, die als Unterlage für Forschung und Schulbuchvergleich dienen, leistet sie notwendigen Tribut an die jeweilige Aktualität der Sammlung und die Anforderungen der Wissenschaftler des Instituts. Zugleich wandelt sie sich immer mehr zum historischen Archiv von Bildungsentwicklungen im Bereich von Schulbüchern. Mit den einschneidenden politischen Umwälzungen der letzten Jahre sind auf der ganzen Welt auch radikale Veränderungen im Bildungssektor einhergegangen, die man im Georg-Eckert-Institut besonders augenfällig besichtigen kann: Die Schulbücher der DDR und aller anderen sozialistischen Länder des Ostblocks sind Makulatur und zur Geschichte geworden. Sie sind inzwischen Dokumente der Bildungsgeschichte. Die Materialien aus der DDR sind fast vollständig in der Bibliothek vorhanden. Das liegt zum einen daran, dass trotz mancher Schwierigkeiten gute regelmäßige Tauschkontakte zwischen Ost- und Westbibliotheken gepflegt werden konnten. Zum anderen wurde in allen sozialistischen Ländern pro Klasse und Fach nur ein Einheitslehrbuch produziert, so dass eine große Übersichtlichkeit herrschte, was wiederum die Beschaffung sehr erleichterte. Schulbücher aus Polen, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, um nur einige zu nennen, sind deshalb im Georg-Eckert-Institut sehr gut vertreten, auch z.B. China. Nur aus Nordkorea kann die Bibliothek bisher kein einziges Schulbuch nachweisen.

Die außereuropäischen Länder, die, wie bereits oben erwähnt, nicht systematisch bei der Beschaffung von neuen Schulbüchern Berücksichtigung finden können, sind jedoch aus historischer Sicht betrachtet, erstaunlich gut vertreten, weil durch die Kooperation mit der UNESCO bereits seit den 1950er Jahren die unterschiedlichsten Schulbücher in die Bibliothek flossen, angefangen bei Iran und Indien, über Tunesien und Indonesien (Bantung war Partnerstadt von Braunschweig) bis zu Brasilien und Südafrika. Dabei sind die Schulbücher einer ganzen Reihe von Dritte-Welt-Ländern aus den 1970er Jahren auch durch die Auflösung einiger Bibliotheksabteilungen entwicklungspolitischer Institutionen in Deutschland zum Georg-Eckert-Institut gelangt.

So kann man nationale Entwicklungen anhand auch dieser nur marginal vorhandenen Unterrichtsmaterialien in Augenschein nehmen, wobei bereits bei oberflächlicher Betrachtung erstaunliche Entdeckungen gemacht werden können, zu denen z.B. ein Bild Lenins unter dem Weihnachtsbaum in einer Fibel aus Aserbeidschan ebenso gehört wie eine Illustration, die den Schah von Persien im Kreise seiner Lieben zeigt oder japanische Übersetzungen von westdeutschen Geschichts-

und Geographiebüchern, die sich auf die Geschichte bzw. Geographie Deutschlands beziehen.

Die Darstellung von Geschichte im Schulbuch wandelt sich insbesondere dann zugleich in eine Geschichte des Schulbuchs, wenn die historische Sammlung von deutschen Schulbüchern im Georg-Eckert-Institut betrachtet wird, zu der ja nun auch bereits die deutsch-deutsche Bildungsgeschichte mit ihren getrennt herausgegebenen Schulbüchern nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1990 zählt.

Für die Geschichte des Schulbuchs von besonderer Bedeutung ist jene Abteilung von inzwischen fast 25 000 Bänden, die vor 1945 erschienen sind. Sie wurde erst in den letzten Jahrzehnten intensiv aufgebaut. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten flossen viele Bände durch Schenkungen, insbesondere durch aufgelöste private Lehrerbibliotheken in den Bestand, später erfolgte die Bestandserweiterung überwiegend durch antiquarische Ankäufe.²⁾

Diese wichtigen Quellen der Schulbuchgeschichte im Bereich der Lese- (einschließlich Fibeln) und Realienbücher, der Geschichts- und Geographie- sowie seiner Staatsbürgerkundebücher sind in keiner Bibliothek Deutschlands so reichhaltig dokumentiert wie im Georg-Eckert-Institut. Dabei gelingt es in den letzten Jahren immer mehr, wichtige Lücken zu füllen. Der Bestand weist inzwischen zahlreiche Titel auch aus dem 18. Jahrhundert nach, frühere Jahrhunderte sind zumindest mit Kopien vertreten.

Gleichwohl scheint es aus heutiger Sicht wohl kaum möglich, jemals einen vollständigen Nachweis früher erschienener Schulbücher zu erreichen, zumal sich deren Produktion im 18. und 19. Jahrhundert durch Kleinstaaterei und partikularistische Bestrebungen außerordentlich vielfältig, heterogen und zersplittert gestaltete. Da Schulbücher lange als nicht aufbewahrungswürdig galten, haben sich auch die Bibliotheken wenig um ihre systematische Erwerbung gekümmert. So bleibt es schwierig, zeitaufwendig und auch teuer, diese Materialien nach so langer Zeit an die Oberfläche zu heben und für die Forschung zur Verfügung zu stellen.

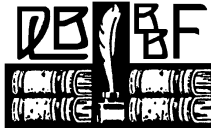
Der historische Bestand wird zunehmend als wichtiges Quellenmaterial für die Bildungsgeschichte wahrgenommen und besonders von Wissenschaftlern aus dem Ausland genutzt, wobei Japaner und Amerikaner die Spitzenpositionen einnehmen. Dass die Bibliothek auch die entsprechende Sekundärliteratur bereit hält, versteht sich von selbst.

²⁾ Die Erschließung wurde durch die DFG gefördert. Drei Bestandskataloge sind inzwischen erschienen, die allerdings nur den Stand von 1997 (Lesebücher und Fibeln), 1999 (Geschichtsschulbücher) und 2000 (Geographie- und Staatsbürgerkundebücher) berücksichtigen. Genaue Angaben siehe: www.gei.de

Entwicklungen von Schulbuchgenerationen kann man nur dann sorgfältig verfolgen, wenn die Bibliothek möglichst alle Ausgaben und Auflagen einzelner Schulbuchwerke sammelt und so die Grundlage dafür schafft, diese nebeneinander und in ihrer Erscheinungsabfolge vergleichen zu können.

Die Wichtigkeit ihrer Vollständigkeit kann man gerade mit dieser kleinen Ausstellung zum 17. Juni 1953 dokumentieren. Schulbücher sind immer Produkte ihrer jeweiligen Zeit. Für die Erforschung der Bildung und ihrer Vergangenheit scheinen sie unerlässlich notwendige Zeugen, und es ist gut, dass das Georg-Eckert-Institut diese Zeugen bewahrt und erschließt für heutige und zukünftige Forschungszwecke. Es gibt keine andere Bibliothek auf der Welt, die dieses besondere Genre systematisch sammelt, und sie will es auch für Lehrpläne und Curricula versuchen.

Bibliotheken bergen mit dem gedruckten Wissen von Gesellschaften einen großen, sich immer fortentwickelnden Schatz und fungieren damit gleichzeitig als Gedächtnis der Kultur. Dieses Gedächtnis hineinprojiziert in die Zukunft betrifft ebenso den 17. Juni 1953: Noch wissen wir nicht, wie sich die Erinnerung an diesen Tag entwickeln wird, wie sich die Sichtweise daran verändern und wie die Wahrnehmung sich von der Ferne der Zukunft aus gestalten wird. Um die Erkenntnisse daraus auch in der Zukunft nachvollziehen zu können, scheint es aus heutiger Sicht unerlässlich, auch Bibliotheken mit bildungshistorischen Sammelaufträgen zu erhalten, zu unterstützen und sogar auszubauen.



Veröffentlichungen der BBF

Preis in €

Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte

- (2) Lehrpläne der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1945 - 1990** - Allgemeinbildendes Schulwesen (1994) 1,-
- (5) Friedrich Wilhelm Dörpfeld** - ein thematisches Bestandsverzeichnis - Auswahl - (1994) 1,-
- (7) Zeitschriften / Zeitungen 1739 bis 1932** - Verzeichnis der Bestände der ehemaligen deutschen Lehrer-Büchereien Comenius-Bücherei, Leipzig; Deutsche Lehrerbücherei, Berlin; Süddeutsche Lehrerbücherei, München (1998) 9,-
- (8) Verzeichnis bildungshistorisch relevanter Bestände in Archiven Berlins und des Landes Brandenburg** (1999) 4,-
- (9) Marko Demantowsky: Das Geschichtsbewußtsein in der SBZ und DDR.** Historisch-didaktisches Denken und sein geistiges Bezugsfeld (unter besonderer Berücksichtigung der Sowjetpädagogik) - Bibliographie und Bestandsverzeichnis 1946-1973 7,50

Quellentexte aus der BBF

- Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat und allerhöchste Botschaft vom 31. Januar 1850:** nebst der Ansprache Sr. Majestät des Königs und dem Protokoll vom 6. Februar über die feierliche Beeidigung. – 2. Aufl. – Berlin: Verl. der Deckerschen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei, 1850. – 25. S. (Heft 2, 1996) 1,50
- Katalog der Historischen Ausstellung von Bilderbüchern und Illustrierten Jugendschriften in der Kunsthalle / Deutsche Lehrerversammlung Hamburg 1896.** – Hamburg: Dietrich, 1896. – 95 S. (Heft 3, 1996) 2,50

Bibliographie Bildungsgeschichte

1994/95; 1995/96; 1996/97; 1997/98 (38,50 EUR) 1998/99; 1999/2000 (43,60 EUR); 2000/2001 (47,20 EUR); 2001/2002 (48,- EUR)
(Bestellungen richten Sie bitte an den Schneider Verlag Hohengehren, Wilhelmstr. 13, 73666 Baltmannsweiler.)

Tagungsbände

- Christian Ritzi/Ulrich Wiegmann (Hrsg.): **Zwischen Kunst und Pädagogik. Zur Geschichte des Schulwandbildes in der Schweiz und in Deutschland.** Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren, 1998
(Zu beziehen von der BBF) 1,–
- Heidemarie Kemnitz/Hans Jürgen Apel/Christian Ritzi (Hrsg.): **Bildungs-ideen und Schulalltag im Revolutionsjahr 1848.** Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren, 1999
(Zu beziehen von der BBF) 1,–
- Rudolf W. Keck/Christian Ritzi (Hrsg.): **Geschichte und Gegenwart des Lehrplans. Josef Dolchs „Lehrplan des Abendlandes“ als aktuelle Herausforderung.** Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren, 2000
- Sonja Häder/Christian Ritzi/Uwe Sandfuchs (Hrsg.): **Schule und Jugend im Umbruch. Analysen und Reflexionen von Wandlungsprozessen zwischen DDR und Bundesrepublik.** Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren, 2001
- Klaus-Peter Horn/Christian Ritzi (Hrsg.): **Klassiker und Außenseiter. Pädagogische Veröffentlichungen des 20. Jahrhunderts.** Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren, 2001
- Christian Ritzi/Gert Geißler (Hrsg.): **Wege des Wissens. 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung.** Berlin. WEIDLER Buchverlag Berlin, 2001

Ausstellungskataloge

- Wie das Kind sein soll.** Kinderbücher als Quelle bildungsgeschichtlicher Forschung (Katalog zur Ausstellung vom 10.9.1996 - 8.11.1996) 1,50
- „Selbst verändern müssen wir“** – Leserbriefe an die „Junge Welt“ (Katalog zur Ausstellung vom 10.11.1999 - 28.1.2000) 1,50
- „Bilanz in Büchern“** – Pädagogisch wichtige Veröffentlichungen im 20. Jahrhundert (Katalog zur Ausstellung vom 6.10.2000 - 5.1.2001) 3,50
- WissensWege.** Von der Lehrerbücherei zur Forschungsbibliothek - 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. (Katalog zur Ausstellung vom 21.5.2001 - 15.9.2001) 3,50
- Plain Children.** Erziehung und Bildung der Amish People (Katalog zur Ausstellung vom 1.3.2002 - 31.5.2002) 3,50
- Clara Grunwald.** Ein Leben für die Montessori-Pädagogik (Katalog zur Ausstellung vom 23.11.2002 - 7.3.2003) 4,–
- Philipp Aronstein (1862-1942).** Ein großer Berliner Neuphilologe und ein deutsch-jüdisches Schicksal (Katalog zur Ausstellung vom 4.4.2003 - 6.6.2003) 3,50



FÖRDERKREIS

BIBLIOTHEK FÜR BILDUNGSGESCHICHTLICHE FORSCHUNG e. V.

Der Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung e. V. (<http://www.bbf.dipf.de/foerder.html>) unterstützt die Ausstellungen und Tagungen der BBF, weiterhin betreibt er Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Bibliothek, z. B. durch die Herausgabe seines Mitteilungsblattes.

Die Mitglieder des Förderkreises erhalten das Mitteilungsblatt frei Haus und werden zu allen Veranstaltungen der BBF eingeladen.

Aufnahmeantrag

Ich beantrage die Aufnahme in den Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung e. V.

Name, Vorname:

Anschrift:

.....

Telefon:

Beruf:

Laut Beitragsordnung beträgt der jährliche Beitrag 15,- €, für Rentner, Arbeitslose und Studenten 7,50 €. Als Aufnahmegebühr sind Portokosten in Höhe von 0,55 € zu entrichten.

Erteilung der Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie widerruflich, von meinem/unserem (Privat)Konto

Nr.bei

BLZ

den für mich/uns zutreffenden Mitgliedsbeitrag in Höhe von . € einzuziehen.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift des Antragstellers

(Bitte senden an den Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung e.V., Prof. Dr. Hanno Schmitt, PF 17 11 38, 10203 Berlin.)

dipf

